

Marc C. Hübscher, Anika C. Albert, Alexander Brink und Bettina Hollstein

Haltung zeigen – Demokratie stärken

Einleitende Überlegungen

1. Anlass, Motivation und Rahmen

1.1 *Finding Democracy – und wenn ja, wie viele?*

›Haltung zeigen – Demokratie stärken‹ zu fordern, dürfte im Jahr 2025 gleichzeitig normativ naiv wie praktisch notwendig sein. Normativ naiv, weil wir gerade in der letzten Zeit demokratiefeindliche, bzw. -zersetzende und rechtsstaatlich besorgniserregende Entwicklungen beobachten können, die mit der ›Banalität des Autoritarismus‹ (vgl. Levitsky/Ziblatt 2024) gemeinsam geteilte Werte liberal-demokratischer Marktgemeinschaften in nationalistische Interessen isolierter Volkswirtschaften getreu dem Motto ›make XX great again‹ erfolgreich umwerten. Praktisch notwendig, weil die ›Polykrisen‹ (vgl. Tooze 2022) der Spätmoderne genau diese gemeinsam geteilten Werte, die seit Beginn der Moderne bis zum ›Ende der Geschichte‹ (vgl. Fukuyama 1989) ausbuchstabiert und in die Welt getragen wurden und seitdem als mehr oder minder geopolitisch *selbstverständlich* galten, erfordern, um diese Krisen bewältigen zu können.

Indes, das Ende der Geschichte fand genauso wenig statt wie die Postmoderne und wir befinden uns im 21. Jahrhundert gewissermaßen in einem neuen Kapitel der Geschichte der Menschheit und des Planeten, in dem die Errungenschaften der Aufklärung im Vollzug der ersten sowie der reflexiven Moderne in eigentümlicher Weise wieder in Frage gestellt werden. Die ›Dialektik der Aufklärung‹ (vgl. Horkheimer/Adorno 1969) fordert, gewissermaßen nachträglich, ihren geschichtsphilosophischen Zoll.

Unbestritten scheint jedenfalls zu sein, dass wir im 20. Jahrhundert und mit etwas weniger Eindeutigkeit auch jetzt noch in einem ›demokratischen Zeitalter‹ (vgl. Müller 2018) leben. Was wir allerdings mit Demokratie sinnvollerweise meinen können, ist, wie bei vielen schillernden Begriffen der Moderne – der Zeit aufgeklärter Menschen – mitunter sehr umstritten. Das Spektrum lässt sich einerseits mit einem umfassenden Verständnis von etwa Stephan Lessenich (2019: 17f.) beschreiben, der Demokratie als eine »gesellschaftliche Lebensweise« versteht, die ›das gleiche Recht aller Bürger*innen auf Teilhabe an der kollektiven Gestaltung der sie gleichermaßen betreffenden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse[n]‹ konstitutiv umfasst, bzw. als eine Lebensform (vgl. Dux 2015; Honneth 2015; Blüh-dorn 2020; Hollstein 2025) in einem ähnlichen Sinn, nachdem Demokratie ›dazu bestimmt ist, allererst die gesellschaftlichen Bedingungen einer selbstbestimmten Lebensführung des Subjekts als einer von Sinn bestimmten Lebensführung zu schaffen‹ (Dux 2015: 17). Andererseits steht ein ›minimalistisches Modell‹ (vgl.

Merkel 2023: 47) wie beispielsweise die Idee von Joseph A. Schumpeter (2020 [1945]: 356), der mit einem analytisch geschulten Auge Demokratie als eine Methode versteht, mit der eine »Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben«, gemeint ist (vgl. Przeworski 2020: 14). Die unspezifische Volksherrschaft, die wir mit Demokratie meinen, sieht schon im Lichte dieser Verständnisse sehr anders aus (vgl. Manow 2020: 171–175) und dabei sind wir noch nicht einmal bei den *varieties of democracy* angekommen (vgl. etwa Habermas 1996: 277–292; Lessenich 2019b: 124–130; Merkel 2023: 39–54; Selk 2023: 175–248). Hinzu kommen noch unterschiedliche Rechtfertigungen der Legitimität, die Scharpf (1999) ganz grundsätzlich in eine Input- und in eine Outputlegitimität unterschieden hat. Während die Inputlegitimität konstitutiv für alle Demokratiemodelle ist, lassen sich Demokratieformen, die die Outputlegitimität mit in die Definition dessen, was Demokratie meinen soll, einbeziehen, als »maximalistisches Modell« (Merkel 2023: 49) der Demokratie bezeichnen.

Das Demokratieverständnis, das in Gegenwartsgesellschaften in unterschiedlichen Ausprägungen zu finden ist, bzw. als konzeptionelle Kontrastfolie von politischen Entwicklungen in modernen Gesellschaften dient, ist die Idee der rechtsstaatlichen *liberal democracy* (vgl. Crouch 2021; Merkel 2023), die mit Ende des Kalten Krieges und den ausgehenden 1990er Jahren nach Francis Fukuyama (1989) ihren Sieg am ›Ende der Geschichte‹ feiern sollte – die Eule der Minerva konnte mithin ihren letzten Heimflug antreten, so wollte man meinen.

Was aber macht den Kern dieser liberalen Demokratie aus? – eine liberale Demokratie, so schlägt etwa Manow (2024: 54) vor, ist der

»End- oder Kompromissprodukt zweier Strömungen (...), des Liberalismus einerseits: also Beschränkung von Herrschaft durch Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, subjektive Rechte (...); und des Mehrheitsprinzips und der Volkssovereinheit andererseits (...). Oder noch eine Abstraktionsstufe höher (...): *Freiheit vs. Gleichheit*. Liberale Demokratie ist dann die *Verbindung aus* oder der *Kompromiss zwischen* beiden« (Hervorhebung durch Autor*innen)

Von *Solidarität*, die dritte Forderung der Aufklärung in der französischen Revolution, ist hier, wie auch häufig in Definitionsversuchen der liberalen Demokratie, keine Spur.

Es gehört dann auch dazu, dass exakt diese liberale Demokratie ihre eigenen Gespenster schafft (vgl. Manow 2024: 26), die aktuell besonders in populistischen Ausprägungen als schlicht (autoritär) populistisch (vgl. Müller 2016; Mounk 2018; Manow 2020; Schäfer/Zürn 2021), libertär-autoritativ (vgl. Amlinger/Nachtwey 2021), nostalgisch pessimistisch (vgl. Crouch 2021) oder radikaliert-konservativ (vgl. Strobl 2021) in Erscheinung treten und eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Die populistischen Reflexe sind genauso demokratiege-
macht wie demokratiezersetzend.

In der Komplexität der organisierten Moderne und den progressiv-regressiven Herausforderungen einer Spätmoderne soll die Normalität von ›Otto-Normal-

Verbrauchern erhalten bleiben und auch das Narrativ, dass es der nächsten Generation besser, jedenfalls nicht schlechter gehen soll, weiterhin zum gesellschaftspolitischen Standardrepertoire gehören. Die politischen Parteien wollen getreu dem minimalistischen Modell der Demokratie Wahlen gewinnen, um ihren Führungsanspruch durchzusetzen und dabei nicht in der paradoxal anmutenden Entscheidungssituation landen, dass die Herausforderungen andere Lösungen erfordern, als die, die man zum Zwecke des Wahlgewinns den Wähler*innen präsentiert hat. Eine Situation, die es den Populisten so lange leicht macht, solange sie noch nicht mit Regierungsverantwortung ausgestattet sind. Wollte man diese Herausforderung in einer demokratischen Lebensform kontextualisieren, dann wird sich zeigen lassen, dass formal-technologische Ausführungen zum (legalen) Regierungshandeln bei weitem nicht ausreichen, ja mithin sogar das Gegenteil von dem erreichen, was erforderlich ist, nämlich die Förderung, Stärkung und nicht zuletzt das Vorleben einer demokratischen Kultur. Hier gilt das Böckenförde-Diktum, nach dem der moderne freiheitliche, hier: rechtsstaatlich, liberal-demokratische Staat von Voraussetzungen zehrt, die er selbst nicht garantieren kann (vgl. Böckenförde 1991). Heißt ›Demokratie stärken‹ – so besehen – die Steigerung einer Paradoxie, die Entfaltung einer Dialektik oder die Verfestigung einer Sozialpathologie?

Man könnte fast vermuten, dass Theodor W. Adorno auf unseren Schultern sitzt, und geneigt ist zu fragen, ob es eine richtige Demokratie (mit dem normativen Primat des Gleichen unter Gleichen bei mitunter absoluter Freiheitsforderung) in der falschen (namentlich ungleichen wie auch, zumindest immanent unfreien) Welt überhaupt geben kann?

Fest scheint unseres Erachtens nur zu stehen, dass naive normative Postulate mit der bekannten Forderung ›mehr Demokratie wagen‹ (Willy Brandt) oder die Rede von der ›letzten Patrone der Demokratie‹ (Markus Söder) allein nicht ausreichen; mehr noch, dass die Naivität dieser Forderung gegebenenfalls die Probleme der Demokratie noch weiter verstärken. Warum diese Behauptung eine Art Richtigkeitsvermutung in sich trägt, wollen wir im Folgenden kurz ausführen. Zunächst wollen wir auf die vielbeschworenen Krisen der Demokratie eingehen, bei denen es sich allesamt um Herausforderungen für spezifisch, historisch gewachsene Demokratieformen handelt, die sich zu handfesten Krisen auswachsen können, so lange nicht auf die, insbesondere der liberalen Demokratie innerwohnenden Widerspruchsdynamiken reagiert wird. Sodann werden hier in aller gebotenen Kürze auf die gesellschaftstheoretische Gegenwartsdiagnose, die für die populistische Bedrohung der Demokratie wichtige Einsichten bereitstellt, und das eigentümliche wie konstitutive Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus als Erfolgsrezept für die organisierte Moderne eingegangen. Ein konzeptioneller Ausblick auf die in diesem Band versammelten Beiträge rundet die Einleitung ab.

1.2 Von Dialektik und Krisen der Demokratie – Haltung zeigen wofür?

Ob nun die Demokratie die Beste aller Regierungs- und Herrschaftsformen ist, darf nicht nur mit Blick in die Ideengeschichte der politischen Philosophie und Theorie seit Platon und Aristoteles als umstritten gelten. Es lässt sich aber sagen, dass die Demokratie jene politische Idee ist, die am besten zu den Zielen und Forderungen der Aufklärung passt, die insbesondere mit den Idealen der Freiheit und Gleichheit, jenen von Immanuel Kant (1977 [1784]: 37) bezeichneten »Antagonismus der ungeselligen Geselligkeit«, sowie den philosophischen Ideen einer Autonomie verbürgenden Vernunft zum Ausdruck gebracht werden. Hinzu aber kommt in den letzten Dekaden zunehmend mehr die Beobachtung von ›Zerfallerscheinungen der Demokratie‹ (vgl. Calhoun et al. 2024), die uns letztlich mit der Frage konfrontiert, ob die Demokratie auch in Zukunft in der Lage sein wird, die Probleme der Zeit funktional wie normativ zu lösen.

Krisen in und von Demokratien sind keineswegs eine neue Wahrnehmung oder Beobachtung (vgl. etwa Offe 1972; Habermas 1973; Crouch 2008; Blüh-dorn 2013; Ketterer/Becker 2019; Przeworski 2020; Manow 2020; 2024; Schäfer/ Zürn 2021; Selk 2023; Calhoun et al. 2024), vielmehr schreiben sie ihre eigene Geschichte seit den 1970er Jahren (vgl. Merkel 2023: 141–159). Steckt die Demokratie in der Krise? – Zunächst ist mit Levitsky und Way festzuhalten, dass die Narrative und Debatten um kriselnde Demokratien älter sind als ihre empirische Beobachtung (vgl. Manow 2024: 15). Wenn man der Literatur folgt, dann lassen sich allein vier verschiedene Krisenarten unterscheiden (vgl. Blühdorn 2013: 12– 25):

- Die *Partizipationskrise* zeigt sich in niedrigen Wahlbeteiligungen insbesondere auf Länder- und Kommunalebene, aber auch an sinkenden Mitgliederzahlen in politischen Parteien, wobei in Deutschland die Grünen und die AFD-Ausnahmen dieser Entwicklung darstellen (vgl. statista 2025). Gründe für dieses Partizipationsvakuum sind politisches Desinteresse, die Meinung, dass sich ohnehin nichts ändert, oder gar eine politische Entfremdung (vgl. Schäfer/Zürn 2021: 11).
- Der steigende oder auf einem kritischen Niveau verharrende Verlust an Partizipation, auch schon in der Minimalform der Demokratie als Wahldemokratie, führt die Voraussetzungen für eine *Legitimationskrise* mit sich, die insbesondere in den 1970er Jahren mit der ökonomischen Verfasstheit der Wohlstandsproduktion verbunden war (vgl. Offe 1972; Habermas 1973; Streeck 2013; Kocka/Merkel 2015). Wir kommen darauf wieder zurück.
- Spätestens mit der Konzentration von ökonomischen Machtkonstellationen, die sich politisch in gefühlten und faktischen Ungleichheitsverhältnissen niederschlagen, aber auch durch so genanntes alternativloses Regierungshandeln, das mit Systemrelevanz oder technokratischen Expert*innenaussagen begründet wird (vgl. Bogner 2021; Schäfer/Zürn 2021: 205; Staab 2022; Strohschneider 2024), wird eine *Repräsentationskrise* erkennbar, die eine durch demokra-

tische Wahl legitimierte Regierung von den artikulierten Wünschen und Forderungen des demokratischen Souveräns trennt (vgl. Manow 2020: 57; Schäfer/Zürn 2021: 89). »Postdemokratie« (Crouch 2008), »Hyperpolitik« (Jäger 2023), aber auch »simulative Demokratie« (Blühdorn 2013) wären mögliche Folgen eines auf Dauer gestellten Repräsentationsdefizits.

- Von einer *Lebensformkrise* ließe sich dann sprechen, wenn die »beobachtete Demokratie« (Manow 2024: 147) weitreichend in Form der liberalen Demokratie als historisch-kontingenter Ausdruck der politischen Lebensform autonomer Subjekte in der Moderne gewissermaßen als Lebensform (vgl. Dux 2015; Honneth 2015; Lessenich 2019a; Blühdorn 2020) selbst in Frage gestellt wird. Die spätmodernen Herausforderungen der modernen Fortschrittsidee, nach der immer alles für alle besser wird, lässt sich aktuell genauso wenig ohne Widerspruch und erkennbare Gegenbewegungen aufrechterhalten, wie die Stabilität der aufklärerischen Ideale der Freiheit und Gleichheit, von Brüderlichkeit (Solidarität) ohnehin ganz zu schweigen (vgl. Honneth 2011; Hodgson 2021; Lessenich 2019a; Eitel 2025). Diese Beobachtungen und Wahrnehmungen provozieren einen mitunter existenziellen Orientierungsverlust, der durch Kränkungs- und Verlusterfahrungen ein affirmatives Fortschrittsverständnis in eine Form »regressiver Progressivität« (Lessenich 2019b: 133) wandelt. Wir kommen auch darauf zurück.

Sind nun diese Krisen angemessene Beschreibungen, um den politisch-demokratischen, immer schon gemeinsam geteilten Raum in Alarmbereitschaft zu setzen? – Hierbei kommt es darauf an, wie wir Krise und Demokratie definieren. Eine Krise ist mehr als eine Herausforderung. Wir können mit Merkel (2023: 148) eine Krise »als eine dramatische Unterbrechung der Normalität« verstehen.

»Sie sind von kurzer Zeitspanne und können über Kollaps oder Weiterbestehen des Systems entscheiden. Der Ausgang von Krisen ist kontingent. Er kann zum Kollaps des Systems oder im Sinne einer »schöpferischen Zerstörung« zu einem neuen Equilibrium demokratischer Stabilität führen« (ebd.: 148).

Mal abgesehen davon, dass bereits die Rede von einem Equilibrium der Rede von einer »unvermeidlichen Entropie der Demokratie« (Crouch 2008: 133) eigentlich entgegensteht und damit Lösungen von Krisen der Demokratie jenseits von Gleichgewichtsüberlegungen zu denken sind, stellt sich hier zudem auch die Frage, welche Demokratie als Referenzmodell zur Krisendiagnose gemeint ist. Selbst die Demokratie »als abstrakter Idealtyp« (Lessenich 2019b: 124) lässt sich, wie wir gesehen haben, in minimalistischen bis hin zu maximalistischen Versionen denken (vgl. Merkel 2023: 46–50). In dieser formalistischen Betrachtung sind die empirischen Beobachtungen der *varieties of democracies* noch nicht enthalten, sie geben aber weitere Anhaltspunkte für Herausforderungen des demokratischen Projekts der Moderne, die zu Krisen und auch zu Polykrisen mutieren können. Wir gehen hier aber von der liberalen Demokratie als Referenzmodell aus.

Die Herausforderungen der liberalen Demokratien als offene Systeme werden schlagartig klar, wenn der Antagonismus zwischen Freiheit und Gleichheit durch-

schaut wird, der sich insbesondere in kapitalistischen Demokratien zeigt, die im Kern alle liberale Demokratien in verschiedenen Ausprägungen sind, in denen sich das ambivalente Verhältnis von ökonomischer Ungleichheit und politischer Gleichheit niederschlägt (vgl. Manow 2024: 55; Streeck 2013; Dux 2013; Merkel 2015; Dörre 2019). Eben dieses normative Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, das gewissermaßen ein konstitutiver Antagonismus des Wohlfahrtskapitalismus ist, führt zu einer Dialektik der Demokratie, in der allein Lessenich (2019a; 2019b) drei dialektische Teilprozesse identifiziert und Blühdorn (2019, 2020) einen weiteren freigelegt hat.

Mit Lessenich (2019a: 39–80) zeigen sich unterschiedliche Widersprüchlichkeiten, die sich aus unserer Sicht alle auf den gesellschaftlichen Grundantagonismus der Demokratie zwischen Freiheit und Gleichheit zurückführen lassen:

- Die *reaktionäre* Dialektik nimmt die demokratische Gesellschaft vertikal in den Blick und beschreibt die Beobachtung, dass eine zunehmende Realisierung der reziproken Anerkennung von Gleichen unter Gleichen Reaktionen der vergleichsweise Bessergestellten dergestalt auslösen, die Ausweitung von Teilhaberechten zu verhindern (vgl. Lessenich 2019b: 130f.): Nivellierung führt zu kulturellen Distinktionsverlusten, die das Bessere der Bessergestellten gefühlt oder auch *realiter* zum Schlechteren verschieben, was diese verhindern wollen.
- Die *exklusive* Dialektik nimmt eine horizontale Achse in den Blick, die insbesondere als Insider-Outer-Relation in den Politikwissenschaften bestens bekannt ist. Nicht zuletzt in der gesellschaftspolitischen Debatte um Flüchtlinge zeigt sich, wie eine Relation zur Dialektik wird: »Das Boot der Demokratie (...) war (...) historisch wiederkehrend voll beziehungsweise wurde in immer neuen Abwehrbewegungen als bereits überbelegt ausgegeben« (Lessenich 2019b: 133). Eine psychologische Ironie der Geschichte ist die Beobachtung, dass die letzten Outsider, die sich noch in das Boot haben retten können, häufig zu den strammsten Insidern in Sachen Zugangsbeschränkung mutieren, was für Populisten immer schon eine besonders wertvolle Beobachtung war und ist.
- Die *destruktive* Dialektik nimmt das Naturverhältnis der Moderne in den Blick (vgl. Biesecker et al. 2013). Die Fortschrittsidee der Moderne, die in der Koevolution von Demokratie und Kapitalismus nicht zuletzt in dem normativen Postulat des stetigen Wirtschaftswachstums ihre zwingend anmutende Entsprechung fand, übersetzt sich in eine »wechselseitige Zuerkennung gleicher Rechte auf Naturentrechtung« (Lessenich 2019a: 75), die »ökonomisch rationalisiert, betriebsförmig organisiert und gesellschaftlich normalisiert wurde« (ebd.: 74). Externalisierung als gesellschaftliches Organisationsprinzip der Moderne (vgl. Lessenich 2016) mit »im Prinzip uneingeschränkten Naturvernutzungsrechten« (Lessenich 2019b: 136) versichern den Erfolg der kapitalistischen Demokratie, den keiner mehr versichern kann und will (vgl. Wolf 2025).

Mithin stellt die ökologische Krise das größte Problem der Demokratie dar, weil es das größte Problem der Menschheit ist.

In der Diskussion dieses wohl größten Problems der Demokratie, das sich auch mit ‚Nachhaltiger Nicht-Nachhaltigkeit‘ (Blühdorn 2020) besonders gut auf den Punkt bringen lässt, formuliert Blühdorn (2019; 2020) eine besonders folgenschwere Dialektik der Demokratie. Es war die Aufklärung, die mit der metaphysischen Herausarbeitung des mündigen und autonomen Subjekts gleichsam die normativen Voraussetzungen für die Demokratie bereitstellte. Die normativen Selbstbeschränkungsfähigkeiten durch den Gebrauch der Vernunft konnten aber mit den kulturell wie technologisch möglichen Subjektivierungs- und Freiheitsdynamiken der Moderne nicht mehr Schritt halten, sodass sich eine weitere, recht eigenständliche Dialektik der Demokratie entwickeln konnte, die als *emanzipatorische Dialektik* (vgl. Blühdorn 2019: 137–139) bezeichnet werden kann: »[D]enn hier wird genau das zum Totengräber der Demokratie, was ursprünglich ihr Geburts- helfer war: die ihrem Inhalt nach keineswegs auf das bürgerliche Vernunftsubjekt festgelegte, sondern immer offene Idee des autonomen Subjekts« (Blühdorn 2020: 305).

Eben diese dialektischen Widersprüche der Demokratie, die nicht nur Kandidaten für Sozialpathologien, sondern auch ein theoretisches Moment sind, Demokratie immer als unvollendetes Projekt zu bezeichnen, zeigen recht instruktiv, dass es diese Herausforderungen sind, die einerseits Demokratie lebendig machen, die aber andererseits auch das sozial explosive Potenzial mit sich führen, Demokratie zu zerstören. Wenn der unbedingte Wunsch nach regressiver Normalität die Notwendigkeit vernünftiger Transformation verhindert, dann führt Demokratie in Autokratie (vgl. Blühdorn 2024: 125–135), die nicht den Antagonismus von Freiheit und Gleichheit beseitigt, sondern das Leben unter Freiheit und Gleichheit selbst: Die Krise der Demokratie wäre dann gleichsam die Krise des Populismus in der indifferennten Zone eines Noch-nicht/Nicht-mehrs, weil die Grenzen eines wohlverstandenen (politischen) Liberalismus sowie des Populismus wissenschaftlich wie auch praktisch nicht eindeutig gezogen und vor allem nicht immer klar gesehen werden können. Zumal Populisten sich anschicken, die Demokratie in ihrem Namen zu zersetzen.

Wir kommen damit wieder zurück auf die bereits diskutierten Dialektiken. Die »Zukunftstauglichkeit der Demokratie« (Selk 2023: 10) wird sich daran zeigen, inwieweit die Bürger*innen und die demokratischen Institutionen eine demokratische Resilienz ausbilden, die die Fähigkeiten und Kompetenzen umfasst, einerseits mit den sozialen Kränkungen und den individuellen wie kollektiven Verlustwahrnehmungen der Spätmoderne umzugehen, und andererseits handlungsleitenden Narrative eines »progressiven, inklusiven und nachhaltigen politischen Gemeinwesens« (Lessenich 2019a: 137) zu aktivieren. Einfache Antworten sind nicht zu erwarten. Daher scheint eine demokratische Grundforderung in der argumentativen Demaskierung des Populismus zu liegen, dass er mit seinen antielitären

und antipluralistischen und moralisch-absolutistischen Forderungen in der Demokratie ebenjene bedroht (vgl. Müller 2016: 25–29; Amlinger/Nachtwey 2022: 345). Demokratie stärken erfolgt durch eine abstrakte wie wirksame Haltung, die »politische Gleichheit, gute Gründe und Machtkontrolle« (Schäfer/Zürn 2021: 9) fordert, in dem sie Pluralismus, Vernunft und Abwägung zusammendenkt und Demokratie immer wieder demokratisiert im Sinne einer »democracy to come« (vgl. Becker 2025).

1.3 Die Zeitenwende hin zur Spätmoderne: Polykrise und Postdemokratie

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 24. März 2022 seine wohl bekannteste Rede im Deutschen Bundestag gehalten, die sogenannten »Zeitenwende-Rede« (vgl. Bundesregierung 2022). So wichtig und gewiss auch richtig diese Rede war, so wenig hat sie aber umreißen können, um was es eigentlich geht, wenn von Zeitenwende die Rede ist. Gewiss, die Herausforderungen, Gefahren und Risiken in geopolitischer Sicht, die mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verbunden sind, müssen tatsächlich als Erscheinungsformen einer Zeitenwende genannt werden. Aber die Zeitenwende – Bendixen (2012) hat schon früher in seiner Gesellschaftsdiagnose von einer »Zivilisationswende« gesprochen – erschöpft sich nicht in diesem bedauerlichen Zustand des Rückkehrs von Krieg nach Europa. Vielmehr lässt sich Zeitenwende als eine gesellschaftstheoretische Diagnose verstehen, die einen Epochewandel in der Moderne kennzeichnen kann, nämlich den Übergang von der »organized modernity« (vgl. Wagner 2012) oder der »reflexiven Moderne« (vgl. Beck et al. 1996; Beck/Bonß 2001) hin zur Spätmoderne (vgl. Reckwitz/Rosa 2021; Reckwitz 2019; 2024; Amlinger/Nachtwey 2022; Staab 2022; Blühdorn 2024), in der die Fragilität der bio-sozialen Struktur der Lebenswelt eine besondere Rolle spielt.

Im Projekt der Moderne dreht sich vieles um die normative Orientierung am Fortschrittsbegriff, der freilich quantitativ wie qualitativ verstanden werden kann, aber in der organisierten Moderne nur eine Richtung kannte: die der Steigerung und des Wachstums. Die reflexive Moderne war eine Kritik der ersten, der industriellen Moderne und war in dem Maße reflexiv, wie sie die Risiken der Moderne durch institutionelle Verbesserung auf Basis radikalisierter Basisprinzipien der Moderne – »die Autonomie des Subjekts, die Demokratie, der Liberalismus, die universelle Geltung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit etc.« (Blühdorn 2024: 238) – in den Griff bekommen wollte (vgl. Beck 1986; Beck et al. 1996; Beck/Bonß 2001), um Risikowahrnehmung und -bewältigung in die Fortschrittsidee gewissermaßen selbst mit einzubauen. Wenn aber Risiko in Gefahr umschlägt und mögliche Szenarien zu Verlaufsprotokollen faktischer Katastrophen werden, dann können die entstehenden Narrative regressiver Wahrnehmungen nicht mehr mit einer optimistischen Fortschrittspropaganda übereinander gebracht werden. Die natürlichen und kulturellen Quellen der Selbstheilungskräfte autonomer Subjekte der Moderne scheinen angesichts der vielfältigen individuellen und kollekti-

ven Krisen- und Verlusterfahrungen zu versiegen, die Moderne wird sozusagen *enttäuscht* (vgl. Staab 2021: 72) und Fortschritt droht in Regression umzuschlagen.

Die sich nunmehr abzeichnende Spätmoderne lässt sich als jene Epoche der modernen Nachträglichkeit und ›nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit‹ (vgl. Blühdorn 2020) kennzeichnen, in der sich Gefahren in Probleme bis hin zu Polykrisen materialisieren. Metaprobleme, bzw. Probleme zweiter Ordnung verstärken die Zone der Unsicherheit (vgl. schon MacIntyre 1977), weil, und das hat bereits Beck sehr genau gesehen, das in *Gefahr* gewandelte Risiko und die *kulturelle Wahrnehmung* der Gefahr in eigentümlicher Dissonanz stehen (vgl. Beck 2007: 32–36). Die gesellschaftlichen Herausforderungen der Spätmoderne sind nicht nur die objektiven und intersubjektiven Gefahren einer Welt der Objekte und der Psyche, sondern auch die Gefahren der narrativen Desorientierung einer Welt des Geistes, die angesichts der zunehmenden Unübersichtlichkeit in ›Resonanzdefizite‹ (vgl. Rosa 2018) einerseits und ›Subjektivierungsdynamiken‹ (vgl. Reckwitz 2017) andererseits führt. Die eigentümliche Dialektik der Spätmoderne findet sich mitunter in den subjektiven Idealen und Narrativen eines gelingenden Lebens und der – recht bedacht – erschütternden Kenntnis einer sozial-ökologischen Erfahrung, dass die Sintflut bereits neben uns ist (vgl. Lessenich 2016; Blühdorn 2020; 2024). Diese nachgerade offensichtliche Dialektik von sozialstrukturellen Begrenzungen einerseits und sozialökologischen Entgrenzungen (vgl. Lessenich 2019b: 136f.) andererseits, deren Konsequenzen im Zusammenspiel jene für die Spätmoderne charakteristischen Merkmale des ›Verlusts‹ (vgl. Reckwitz 2024), der ›Verletzlichkeit‹ (vgl. Rostalski 2024), der ›sozialen Kränkung‹ (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022), des ›Stresses‹ (vgl. Bendixen 2012; Merkel 2023), der ›Erschöpfung‹ (Nachtwey 2016: 37), der ›Unhaltbarkeit‹ (vgl. Blühdorn 2024); auch der ›Furcht‹ (vgl. Müller 2019: 150f.) und ganz grundsätzlich der ›Resonanzkrise‹ (vgl. Rosa 2019) hervorbringen (vgl. Calhoun et al. 2024: 331–333), beruhen ganz wesentlich auf den modernen Narrativen eines Kapital- und Naturverständnis der ›organized modernity‹ (vgl. Wagner 2012), dass die Fortschrittsidee sozialökonomisch an das Wirtschaftswachstums fesselt (vgl. Dux 2013: 259–276; Streck 2013: 84–97; Nachtwey 2016: 43–58). Mit Latour (2008) sollen wir nicht nur nicht nie modern gewesen sein, sondern auch die in der Moderne konstituierende Idee des Fortschritts (vgl. Wagner 2018) kann sich als Illusion entpuppen: »Wir sind nie progressiv gewesen – die Moderne war immer regressiv (...) Sie war immer von einer regressiven Progressivität geprägt, bei der die Berechtigung der einen das Spiegelbild der Entrechtung anderer war« (Lessenich 2019b: 133). Dieses süße Gift einer paradoxalen Solidargemeinschaft von ökonomischer Macht (Berechtigung) und sozialer Kränkung (Entrechtung), das »auf die unbedingte Autonomie des Individuums beharrt, ist ein Symptom dafür, dass die etablierten politischen Koordinaten in Unordnung geraten sind« (Amlinger/Nachtwey 2022: 19).

Damit können wir festhalten, dass wahrscheinlich die größte Herausforderung des politischen Systems der liberalen Demokratie in der Spätmoderne die Repa-

ratur der Moderne (Reckwitz 2024b) sein wird. Diese politischen Reparaturleistungen werden herausfordernd sein, weil sie auch epistemisch neu konfiguriert werden müssen und die demokratisch so notwendigen *shared spaces sensu* Rahel Jaeggi als ›Responseräume‹ (Beschorner et al. 2021: 403) im Spannungsverhältnis von ›Kippunkten‹ (Robertson et al. 2023) und ›Triggerpunkten‹ (Mau et al. 2023) neu aufgestellt werden müssen. Die politische Unordnung in der Spätmoderne umfasst eine normative wie funktionale Orientierungslosigkeit. Ein Weg aus dieser Orientierungslosigkeit beginnt mit der Identifizierung der politischen Herausforderungen, die mit den konkreten soziologischen Standortbestimmungen der spätmodernen Gesellschaft verbunden ist.

Wir leben, so wird diagnostiziert, in einer ›regressiven Gesellschaft‹ (vgl. Lesenich 2019b: 133), in einer ›Abstiegsgesellschaft‹ (Nachtwey 2016), in einer ›Exponentialgesellschaft‹ (Deutschmann 2024), in einer ›adaptiven Gesellschaft‹ (Staab 2022: 178), in einer unhaltbaren Gesellschaft (vgl. Blühdorn 2024: 26) – allesamt gesellschaftstheoretische Etikettierungen, die nicht nur das ›Ende der Illusionen‹ (Reckwitz 2019) moderner Erzählungen anzeigen, sondern auch die politischen und staatlichen Problemlösungskapazitäten fordern und herausfordern, weil die spätmodernen Skripte für angemessenes Regierungshandeln zur Problemhandhabung unter den Aspekten der Partizipation, Repräsentation und Legitimation noch nicht geschrieben sind: sozialtechnologisches ›Verbot und Verzicht‹ (Lepenies 2022) wird es aller Voraussicht nach genauso wenig sein wie ein libertäres *anything goes*. Beides in Reinform trägt postdemokratische Züge, weil in diesen Vorschlägen die formalen Institutionen einer liberalen Demokratie zwar ihren Aufgaben nachkommen, aber durch die informale Deutungshoheit von mächtigen Expert*innen, Eliten oder auch Populisten ihres demokratischen Gehalts entzogen werden (vgl. Crouch 2021: 234–237). Demokratie wird nicht prozessiert, sondern simuliert (vgl. Blühdorn 2013). Die zerbrechlich gewordene Produktion von normativem Wissen durch kollektive Selbstbeschreibungsdebatten und -narrative simuliert politische Handhabungsprozesse, »in denen jenseits der postdemokratischen Wende Normen, Wertorientierungen und Zukunftsperspektiven inszeniert und kultiviert werden, die für das demokratische Projekt der zweiten Moderne konstitutiv waren« (Blühdorn 2013: 178), aber für die Spätmoderne wahrscheinlich nicht mehr hinreichen und auch weder kognitiv noch affektuell überzeugen werden.

Die politische Zeitenwende hat eine nicht zu unterschätzende geopolitische Komponente, die die Wehrhaftigkeit der liberalen Demokratie nach außen derzeit besonders herausfordert. Aber die eigentlichen politischen Herausforderungen und Probleme haben etwas mit den allgemeinen Beobachtungen zur Spätmoderne zu tun. Es geht um die vorbehaltlose und ideologiefreie Aufklärung über Kippunkte ökologischen Raubbaus an der Natur sowie um die damit auch, aber nicht nur zusammenhängende argumentative Befriedung von Triggerpunkten. Das ist freilich eine demokratische Zumutung, da einerseits nicht demokratisch repräsentierte Entitäten (Natur, künftige Generationen) Mitsprache erhalten sollen,

als auch Institutionen die Demokratie schützen sollen, die selbst außerhalb des demokratischen Prozesses stehen (Haltungen, Weltbilder, Mentalitäten). Dieser »Augenblick der Demokratie« (Crouch 2021: 22) setzt Fähigkeiten voraus, die etwas mit politischer Bildung zu tun haben (vgl. Schäfer/Zürn 2021: 120–122). Dass damit etwas nicht stimmt in den reifen liberalen Demokratien, ist keine Neuigkeit, war aber solange für die Gesellschaft insgesamt hinnehmbar, solange soziale Ängste, Kränkungen und nicht zuletzt Verluste stumm und sediert von den Betroffenen auch ertragen wurden. Wenn das aber nicht mehr der Fall ist, dann werden gesellschaftliche Missstände durch Proteste laut, politische Argumentationen einsilbig und -dimensional, Populisten nicht nur salon- sondern auch mehrheitsfähig und nicht zuletzt Dialektiken der Moderne und der Demokratie sichtbar und explosiv – symbolisch wie auch materiell.

Politische Teilhabe an demokratischen Prozessen setzt aber nicht nur Bildung und die Ausbildung und Einübung von Fähigkeiten voraus, die Bürgerrechte und -pflichten mit Bürgertugenden verschränkt. Vielmehr setzt die politische Teilhabe eine ganz grundsätzliche sozioökonomische Einbettung des Bürgers in die liberale Demokratie voraus, die ohne eine gewisse ökonomische Ausstattung und nicht zuletzt Absicherung nicht hinreichend gewährleistet werden kann. Kann es eine Stärkung der Demokratie ohne eine Stärkung der Wirtschaft geben?

1.4 Kapitalismus und Demokratie – was stärken?

Krisensymptome oder Herausforderungen der liberalen Demokratien westlicher Prägung, bzw. der kapitalistischen Demokratie, die im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich im Gewand des Wohlfahrtskapitalismus daherkommen (vgl. Lesenich/Ostner 1998), haben im Kern immer etwas mit dem ›Motor‹ des Wohlstands zu tun: der Wirtschaft (vgl. Streeck 2015: 99–100; Mounk 2018: 177–187; Dörre 2019: 35–43; Merkel 2023: 172–180).

Mit dem Kapitalismus allerdings verhält es sich begrifflich genauso wie mit der Demokratie (vgl. Hübscher 2025a): Auch der Kapitalismus lässt sich als eine Lebensform bestimmen (vgl. Jaeggi 2018: 359) oder als Wirtschaftssystem bzw. -stil sowie als eine Methode, nämlich die des Kapitals (vgl. Hodgson 2015). Gleichzeitig wissen wir auch, insbesondere, wenn wir den Kapitalismus als Wirtschaftsstil bedenken, dass es hier um ›varieties of capitalism‹ (Hall/Soskice 2001; vgl. Lash/Urry 1987) handelt. Gegenwärtig wird die Diskussion insbesondere in der Gegenüberstellung von Shareholder-Kapitalismus und Stakeholder-Kapitalismus geführt (vgl. Paine 2023; Hübscher 2025b).

In der Moderne scheint eine Beobachtung häufig am Anfang sozio-ökonomischer, soziologischer und politik-ökonomischer Überlegungen zu stehen, nämlich »that there is no alternative to market society, or capitalism, and to democracy« (Wagner 2012: 81). Auch wenn die Geschichte des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus ein wesentlicher Bestandteil der Epoche ist, die wir Moderne nennen (vgl. Wagner 2008: 103–122; Wagner 2012: 81–106; auch Schumpeter

2020 [1945]: 391), ist aber nicht davon auszugehen, dass zwischen Demokratie und Kapitalismus ein notwendiger Zusammenhang für moderne Gesellschaften besteht, auch wenn diese Auffassung gewissermaßen »als Paradigma der Komplementarität von Kapitalismus und Demokratie« (Merkel 2023: 162) in den Nachkriegsjahren einen Gemeinplatz der politischen Debatte darstellte (vgl. Streeck 2013: 90):

»Die unterschiedlichen Varianten des Kapitalismus sind unterschiedlich kompatibel mit der rechtstaatlichen Demokratie. Mit der vollen Durchsetzung der Demokratie hat sich nach 1945 in Westeuropa, Australien, Kanada und Neuseeland nicht zufällig ein sozialstaatlich eingeheteter, makroökonomisch (häufig keynesianisch) stabilisierter und (national-)staatlich regulierter Kapitalismus herausgebildet. Die prinzipiellen Spannungen zwischen der zurückgehenden sozioökonomischen Ungleichheit und dem politischen Gleichheitsprinzip konnten zwar nicht aufgelöst werden, wurden aber durch Wohlstandssteigerung, Sozialstaat, starke Gewerkschaften und klassenbewusste sozialdemokratische oder kommunistische (Italien, Frankreich) Arbeiter- und Volksparteien erheblich entschärft. Nie war die Koexistenz zwischen (sozialem) Kapitalismus und (sozialer) Demokratie soller als in dieser Phase« (Kocka/Merkel 2015: 331f.).

Der sozialdemokratische Wohlfahrtskapitalismus war in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zu den beginnenden 1980er Jahren jene Variante des Kapitalismus, die dem Fortschrittsversprechen der Moderne für alle in Freiheit am ehesten entgegenkam (vgl. Wagner 2012; Streeck 2013).

Das Freiheitsverständnis der Aufklärung war die kulturelle Geburt der ›Gesellschaft der Singularitäten‹ (Reckwitz 2017), die gedanklich Eigentum¹ (›Besitzindividualismus‹) und individuelle Autonomie (›Expressiver Liberalismus‹) miteinander verschränkte (vgl. Calhoun et al. 2024: 26) und »etwas ungelenk als Wachstums-, Wohlfahrts- und Aufstiegssubjektivität« (Lessenich 2019b: 127) bezeichnet werden kann. Diese atomistische Freiheit der Subjekte war freilich politisch nicht mehr mit einer Herrschaft Weniger über Alle kompatibel, was mitunter sehr blutig seit der Französischen Revolution auch recht praktisch eingefordert wurde (vgl. Lessenich 2019a: 20). Die Lösung für eine Herrschaft in der Moderne konnte daher nur noch in der Formel liegen, dass eigenbestimmte, autonome Subjekte zugleich Autor*innen in Gleichheit und Adressaten in Freiheit jener Rechte sind, die die Ordnung des Zusammenlebens gewährleisten und absichern. Eine Idee der Demokratie als Lebensform, die Freiheit und Gleichheit zusammendenkt und schließlich auch davon ausgegangen ist, dass damit ebenfalls Solidarität verbürgt werden kann.

Nun kennen wir die Geschichte: der »soziale Kapitalismus« (Lessenich 2019b: 125), der ›Wohlstand für alle‹ (Ehrhard 1964) als eine Form organisierte Solidarität *sensu* Durkheim durch staatliche Regulierungen und das normierte Zusammenspiel von verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen erreichen wollte,

1 Die Autoren verdanken dem SFB TRR 294 ›Strukturwandel des Eigentums‹ wesentliche Impulse für die Arbeit an diesem Sammelband, insbesondere für die konzeptionellen Fragen und die Überlegungen zur Rolle von Unternehmen und Stiftungen in modernen marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften.

wurde in den ausgehenden 1980er Jahren durch eine als alternativlos ausgeflaggte neoliberalen Wende des Kapitalismus abgelöst, die etwas später als Shareholder-Kapitalismus bekannt geworden ist – die Ironie dieser Geschichte ist dabei, dass sich das Ende der Geschichte *sensu* Fukuyama mit dieser folgenreichen Entwicklung gewissermaßen selbst überlebt hat. Der Shareholder-Kapitalismus kommt – im Gegensatz zu einem sozialen oder demokratischen Kapitalismus – wieder einem Kapitalismus gleich, den Schumpeter analysiert hatte und dem er eine »Tendenz zur Selbstzerstörung« (Schumpeter 2020 [1945]: 213) attestierte, die sich – und damit scheint diese Analyse aktueller denn je zu sein – »in ihren ersten Schritten sehr wohl in der Form einer Tendenz zur Verlangsamung des Fortschritts äußern kann« (ebd.), den Schumpeter sicher in einem sehr engen Zusammenhang mit den Wirtschaftswachstum gesehen hat. Eben jenes Wirtschaftswachstum, das der Wohlfahrtskapitalismus für den ›Wohlstand für alle‹ (vgl. Ehrhard 1964) genauso benötigt wie ein isolierter Shareholder-Kapitalismus, der die Interessen der Aktionäre in einer nunmehr globalen Wirtschaft unter eben auch globalen Wettbewerbsbedingungen maximierend befriedigen muss.

Die Globalisierung der Wirtschaft begünstigte die Fokussierung der korporativ erkennbaren Shareholder im Vergleich zu den nationalstaatlich verankerten und in der Globalökonomie fluiden und vor allem machttheoretisch unsichtbaren Stakeholdern (vgl. Lessenich 2019a: 126). Das ohnehin fragile Band der Solidarität, das nicht zuletzt der dritte Begriff der aufklärerischen Form der Französischen Revolution war und über regulatorische Eingriffe des modernen Leviathans abgesichert wurde, musste als Preis für die neue neoliberalen Verfassung des Kapitalismus aufgegeben, jedenfalls stark eingeschränkt werden (vgl. Streeck 2013: 236). Es dürfte kein Zufall sein, dass viele aufmerksame Beobachter dieser gesellschaftspolitischen Zeitenwende heute Solidarität als *missing link* zwischen Demokratie und Kapitalismus wieder stark machen (vgl. Schumpeter 2020 [1945]; Honneth 2015; Dörre 2019; Lessenich 2019a; Hodgson 2021; Calhoun et al. 2024). Es könnte genau die Verlustidee der Spätmoderne in einem entsolidarisierten Kapitalismus sein, die die Überlegungen von Schumpeter (2020 [1945]) wieder so aktuell macht. Der Verlust des Fortschritts (vgl. Wagner 2018; Jaeggi 2023; Reckwitz 2024; Pollack 2025), der ökonomisch etwas mit dem Verlust des Wachstums zu tun hat (vgl. Lepenies 2013: 171–178), könnte »nicht nur auf die Zerstörung des kapitalistischen, sondern auch auf die Entstehung einer sozialistischen Zivilisation hinwirken. (...) Der kapitalistische Prozess zerstört nicht nur seinen eigenen institutionellen Rahmen, sondern schafft auch die Voraussetzungen für einen andern« (Schumpeter 2020 [1945]: 213): den Sozialismus als »die Idee einer demokratischen Lebensform« (Honneth 2015: 121)? Man kann auch den Begriff des Sozialismus vermeiden, was etwa Joseph Schumpeter und insbesondere Axel Honneth nicht getan haben, und formulieren, dass die Form der nötigen Demokratisierung, die entweder zu einem »Bruch mit dem Kapitalismus« (Dörre 2019: 23) oder aber zu einer Transformation des Kapitalismus führe (vgl. Beckert et

al. 2006), bedeuten würde, »Institutionen aufzubauen, mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können« (Streeck 2013: 237).

Nehmen wir die Herausforderungen des inhärenten Verhältnisses von Marktgerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit in liberalen Demokratien ernst, dann lässt sich unter den neoliberalen Entwicklungen der letzten rund 45 Jahren durchaus von einer ›gekauften Zeit‹ (vgl. ebd. 2013) sprechen, die mit Blick auf die Naturverhältnisse in der spätmodernen Formulierung ›verkaufte Zukunft‹ (vgl. Beckert 2024a) die andere Seite ein und derselben Medaille darstellt. Ist durch die ›neoliberal transformation‹ (vgl. Baccaro 2017), die wir seit den ausgehenden 1980er Jahren beobachten können (vgl. Crouch 2011; Steeck 2013; Merkel 2023; Calhoun et al. 2024) der Koexistenzvertrag zwischen Demokratie und Kapitalismus gewissermaßen aufgekündigt?

Bei allen Spekulationen über die Zukunft, können wir nur festhalten, dass es keine geschichtsphilosophische Eindeutigkeit gibt, die die politischen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen in ein zwingendes Verhältnis stellt – der Flug der Eule von Minerva müsste also wieder beginnen. Eines aber sollte sie auf ihrem Flug mitnehmen und das scheint genau die zentrale Herausforderung zu umschreiben: die Demokratie braucht für ihre eigene Stabilisierung eine Wirtschaft, die Wohlstand verbürgt. Wenn es zudem noch allen besser gehen soll (was freilich nur erreicht werden kann, wenn keiner schlechter gestellt wird), dann braucht es eine Wirtschaft, die auch das gewährleisten kann. Die Frage also, die sich hinter dem Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus verbirgt, konzentriert sich freilich auf die Frage von Demokratie und Wohlstand, oder andersherum: ist eine wohlverstandene und gleichsam stabile Demokratie ohne ›Wohlstand für alle‹ (Ehrhard 1964) überhaupt möglich? – ›Democracy and Prosperity‹ (Iversen/Soskice 2019) sind die Errungenschaften der Moderne, die den ›Fahrstuhleffekt‹ (Beck 1986: 124) einer immerwährenden Verbesserung sicherstellen sollen: »Mehr Lebenszeit insgesamt, weniger Erwerbsarbeitszeit und mehr finanzieller Spielraum« (ebd.) waren die normativen Verheißungen eines demokratischen Wohlfahrtskapitalismus. Wer mehr oder weniger problemlos über die Runden kommt, kann auch krasse Ungleichheiten besser ertragen. Soziale Ungleichheit sowie die spätmoderne Sichtbarwerdung planetarer Grenzen kennzeichnen jene Herausforderungen, das moderne Narrativ des Wohlstands für alle, das den Kapitalismus mit der Demokratie über die Idee des Fortschritts in Form von Wirtschaftswachstum miteinander verschränkt, heute politisch wie wissenschaftlich neu zu denken. Diese Debatte zwischen den gesellschaftlichen Akteur*innen ist, wie wir schon länger beobachten können, nicht ohne Friktionen zu haben. Die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten zum Wachstum (vgl. Deutschmann 2025; Vogel 2025), die Tatsache, dass *degrowth* (vgl. Schmelzer et al. 2022; Hickel 2022) oder *steady state economy* (vgl. Daly 1991) nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden, weil die Gefahr einer nicht handhabbaren, »unbeabsichtigte[n] Dystopie« (Merkel 2024: 183) drohe, legen davon ein breites Zeugnis ab. Diese politische Abwägung von Wohlstandssicherung und -mehrung auf der

einen Seite und Naturvernutzung und ›Grenzen des Wachstums‹ (Meadows et al. 1972) auf der anderen wird in der Zukunft die Narrativbildung zwischen Utopie und Dystopie und deren politischen und ökonomischen Bedingungen bestimmen. Postdemokratische Versuche der politischen Landnahme durch ökonomische Akteur*innen werden dabei genauso zu beobachten sein, wie kulturelle Deutungskämpfe um die neuen gesellschaftlichen Narrative zwischen demokratischem Zwielicht (vgl. Merkel 2023) und sozio-ökologischer Unhaltbarkeit (vgl. Blühdorn 2024; Staab 2022).

Wie immer das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus in dieser neuen Epoche beschrieben und gedeutet wird; immer, so kann man formulieren, spielt der Kapitalismus eine dialektische Rolle, weil er zugleich als Geburtshelfer und Totengräber für die Demokratie identifiziert werden kann. Die Krise der Demokratie scheint daher nicht nur mit der Krise des Kapitalismus, wie Habermas (1973) und Offe (1972) argumentieren, zu tun zu haben, sondern auch mit seiner Vitalität, wie etwa Merkel (2024: 171) behauptet.

»Eine nachhaltige Koexistenz von Kapitalismus und Demokratie kann aber nur durch wechselseitige Einbettung gelingen« (ebd.: 182) und das bedeutet aus unserer Sicht auch, dass die Stärkung der Demokratie tatsächlich in einem sehr engen Zusammenhang mit der Möglichkeit einer sozial-ökologischen Transformation der real existierenden Kapitalismusformen, die man mit Merkel (ebd.: 185) unter dem Begriff des »entbetteten Kapitalismus« subsumieren kann, steht. Dabei geht es nicht nur um Wohlstand für alle, das auch mit einer *steady state economy* (vgl. Daly 1991) kompatibel wäre, sondern darum, dass es allen besser gehen soll. Solange man das in quantitativzählbaren Einheiten wie dem Bruttoinlandsprodukt misst (vgl. Lepenies 2013), haben wir ein Wachstumsproblem, das das System zerstört. Es braucht also ein Umdeuten von ›besser gehen‹ in Richtung nicht-ökonomischer, qualitativer Entitäten (z. B. Resonanz, Resilienz, Solidarität, Gemeinwohl, qualitatives Wachstum, Teilhabe, Demokratie als Lebensform usw.). Demokratie braucht Wohlstand (oder zumindest keine Armut) für alle, muss aber als ein dynamischer Prozess konzipiert werden, dessen Ziel nicht ökonomisches Wachstum ist, sondern Fortschritt im Sinne einer besseren Erreichung von qualitativen Zielen wie den SDGs (Sustainable Development Goals).

Für diese Umdeutungen sind Kommunikation, Diskurse, geteilte Narrative und gemeinsame Erfahrungen wichtig. Davon ist im Abschnitt 2 (Konzeptionelle Überlegungen) die Rede, der die Beiträge aus dem folgenden Kapitel vorstellt. In Abschnitt 3 wird die Rolle der Wirtschaft betrachtet, die sich den genannten Problematiken gegenüberstellt. Ökonomische Akteur*innen erheben darum auch im demokratischen Prozess ihre zumeist postdemokratische Stimme. Neben diesen artikulieren sich auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, deren beispielhafte Positionen im letzten Abschnitt dieser Einleitung vorgestellt werden.

Es ist schließlich nicht die national-populistische Parole des ›make XX great again‹, sondern die kosmopolitisch-liberale Forderung ›make the world safe for democracy‹, die die Dialektik der Nutzung endlicher materieller und prinzipiell

unendlicher immaterieller Ressourcen durch Berücksichtigung von Kippunkten und der performativen Aushebelung von Triggerpunkten als latente Demokratisierung mit guten Gründen, politischer Gleichheit, sozialer Freiheit und willkürfreier Machtkontrolle zusammendenkt. Gewiss, eine anspruchsvolle Phase im unvollendeten Projekt der Demokratie unter spätmodernen Bedingungen. Die Demokratie ist, so zeigt sich in der gegenwärtigen Lage unmissverständlich, kein naturwüchsiger Zustand, sondern ein stets neu zu gestaltendes Projekt freiheitlicher Gesellschaften – sie ist ein »telisches Konzept« (Callhoun et al. 2024: 37) und prozessiert sich in der Komplementarität von empirischen, historisierten Zuständen und normativen Texturen *via* Zielen und Ideen. Sie ist kein Geschenk, keine Selbstverständlichkeit – sondern das Ergebnis kontinuierlichen Ringens verschiedener Akteur*innen um Teilhabe, Pluralität und Rechtssicherheit. In einer historischen Situation, die durch multiple Krisen – ökologische Katastrophen, geopolitische Verwerfungen, digitale Umbrüche und soziale Polarisierung – geprägt ist wie nie zuvor, stehen die offenen Gesellschaften Europas vor einer doppelten Herausforderung: einerseits sollen sie den globalen Systemwettbewerb mit autoritären Regimen bestehen, andererseits müssen sie ihre inneren Grundlagen gegen demokratiefeindliche Dynamiken verteidigen. Dabei geht es nicht allein um abstrakte Verfassungsprinzipien, sondern um die konkret-lebendige Praxis demokratischer Kultur. Diese Kultur manifestiert sich nicht nur im Parlament oder auf der Straße, sondern auch in den oft übersehenen Zwischenräumen: in Unternehmen, Schulen, sozialen Medien, Alltagsinteraktionen. Gerade dort entscheidet sich, ob Demokratie als Lebensform in unserer Gesellschaft Bestand haben kann.

Der vorliegende Sammelband »Haltung zeigen – Demokratie stärken« begreift sich als interdisziplinäre Intervention gegen eine fortschreitende Aushöhlung demokratischer Normen. Er reiht sich ein in eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten, die sich gegenwärtig zu Wort melden. Aber – und das ist uns wichtig – er versammelt Positionen, die nicht nur diagnostizieren, sondern Perspektiven für Handlung, Transformation und Widerständigkeit aufzeigen. Es geht immer um Verstehen, Begründen und Anwenden – also um alte Fragen der Wirtschafts- und Unternehmensethik, die sich in jeder Gesellschaft, Zeit und Situation immer wieder neu stellen. Es gilt, Haltung zu zeigen; das sind wir uns und den nächsten Generationen schuldig. Der Flug der Eule von Minerva wird also noch auf unabsehbare Zeit weitergehen – wenn sie noch kann, solange sie noch kann – es liegt an uns.

Es liegt an uns, ob wir es zulassen, sehenden Auges etwa in einen »libertären Autoritarismus« (Amlinger/Nachtwey 2019) einer eigentümlichen »Zuspätmoderne« (Bröckling 2019), gewissermaßen *mitten in* »Triggerpunkten« (Mau et al. 2023) und *jenseits von* »Kippunkten« (Richardson et al. 2023), hineinzugeren. Dann hätte sich der Liberalismus sprichwörtlich zu Tode gesiegt (vgl. Deneen 2019). Ein anderes Ende der Geschichte? – Wer denkt nicht wieder an die oben genannte »Dialektik der Emanzipation« (Blühdorn 2019)? Es lohnt sich unseres Erachtens, an der Demokratie als unvollendetes Projekt der Moderne festzuhalten

und weiter daran zu arbeiten, auch wenn wir dafür die populistischen Versuche von Links und Rechts der politischen Landnahme im eigentümlichen Spannungsverhältnis von Demokratisierung und Entdemokratisierung im Vollzug von Demokratie aushalten müssen (vgl. Manow 2020: 13–25).

2. Konzeptionelle Überlegungen

Demokratie ist in besonderem Maße mit dem Prinzip des offenen Diskurses verbunden. Die Möglichkeit die eigene Meinung frei zu äußern, die Einbeziehung unterschiedlicher Positionen, das Ringen um Argumente, sind zentral, um eine Kultur der Demokratie in einer Gesellschaft lebendig werden zu lassen. Die Autor*innen in diesem Teil des Buches beziehen sich dabei auf unterschiedliche Traditionen (Michael S. Aßländer etwa auf John Stuart Mill, Ingrid Becker auf Jacques Derrida und Marcel Mauss, Bettina Hollstein auf John Dewey), doch gemeinsam ist ihnen, dass sie Demokratie stets auch als eine Kultur oder Lebensform betrachten, die maßgeblich durch Diskurs, Partizipation und das Austauschen von Argumenten gekennzeichnet ist.

Der Beitrag von *Michael S. Aßländer* ›Freiheit der Wissenschaft – Ein Plädoyer für den wissenschaftlichen Diskurs‹ beschäftigt sich mit einem wichtigen Aspekt des freien Diskurses in der Demokratie, nämlich der Wissenschaftsfreiheit, die die systematische Wahrheitssuche schützt unter Beachtung von wissenschaftlichen Standards. Wissenschaftsfreiheit ist eine Forderung der Aufklärung und aufs Engste mit der Entstehung der liberalen bürgerlichen Demokratie verknüpft. Heute scheint die Wissenschaftsfreiheit durch eine *Cancel Culture* wahlweise von linken oder rechten Kreisen oder den Staat bedroht. Aßländer geht diesem Vorwurf nach, indem er zunächst die Begründungen für Wissenschaftsfreiheit in der Demokratie philosophisch untersucht. Unter Bezugnahme von John Stuart Mill zeigt er auf, dass Meinungsfreiheit dazu beiträgt, die Wahrheit zu erkennen, Dogmatismus zu verhindern und Fortschritt zu ermöglichen und daher nicht unterdrückt werden sollte. Wissenschaft ist dabei auch zu einer gewissen Neutralität verpflichtet und muss sich immer wieder selbst auf den Prüfstand stellen, kritisieren lassen und sich so im Rahmen institutioneller Praktiken gesellschaftlich bewähren. *Cancel Culture*, als Versuch ›von unten‹, bestimmte Themen aus dem wissenschaftlichen Diskurs auszuschließen, sei laut Aßländer zwar in Deutschland kein umfassendes Problem, sorge aber für ein gewisses Unbehagen in der Wissenschaft. Die Einflussnahme ›von oben‹ durch staatliche Vorgaben in Bezug auf Ziele und durch Bürokratie könne wissenschaftliche Dynamiken beeinträchtigen. In der Summe ist Wissenschaftsfreiheit, die Toleranz und die Auseinandersetzung mit Argumenten fordert, auf ein Klima des Vertrauens angewiesen, das ein Recht auf Dissens in der Demokratie fordert und fördert.

Im Beitrag von *Ingrid Becker* ›Inviting Democracy to Come – Economic Philosophy of the Gift‹ geht es genau darum, wie ein solches Klima des Vertrauens

entstehen kann. Dabei untersucht sie die Rolle, welche die Gabe als einen Mechanismus, der Reziprozität fordert und fördert, für die Demokratie spielen kann. Mit Bezugnahme auf Jacques Derrida, der die Unmöglichkeit der reinen Gabe postulierte, und Marcel Mauss, der den Mechanismus des Gebens, Empfangens und Wiedergebens als totale soziale Tatsache beschrieb, zeigt sie das Potential des Gabeparadigmas für die Demokratie auf. Die Ambivalenz der Gabepraktiken wird speziell von Derrida betont, für den Reziprozität die Gabe als eine solche zerstört und sie in ein ökonomisches Tauschobjekt verwandelt. Gabebeziehungen müssen daher mit einem Vorschuss an Vertrauen beginnen, mit einem Überschuss, der gegeben wird. Zentral ist dabei die Performativität des Gebens. Kommunikation ist dann nicht nur die Weitergabe von Informationen, sondern zugleich die Transformation oder Veränderungen einer Situation, wie dies etwa geschieht, wenn man ein Versprechen gibt, mit dem man sich für die Zukunft bindet. Arbeitsteilung in einer Gesellschaft basiert auf dem Vertrauen, dass alle ihr Versprechen, ihren Teil zum Ganzen beizutragen, einhalten werden. Dieses kann nicht allein durch Verträge gesichert werden, sondern stellt ein Vertrauen in eine allgemeine Reziprozität dar, die Kooperation ermöglicht. Vertrauen ermöglicht demnach, dass Neues beginnen kann. Demokratie im Kontext des Gabeparadigmas zu verstehen, bedeutet dann, sie nicht als etwas zu betrachten, das man besitzen oder beschützen kann, sondern als eine soziale Dynamik, die Kreativität und möglicherweise vertrauensvolle Antworten induziert.

Der Beitrag von *Bettina Hollstein* „Was bedeutet Demokratie als Lebensform für Unternehmen?“ beschäftigt sich ebenfalls mit Demokratie als einem dynamischen sozialen Geschehen, das sich nicht in einer bestimmten Regierungsform erschöpft. Sie wählt als Referenz John Deweys Konzept der Demokratie als Lebensform, die auf gemeinsamen Erfahrungen beruht. Dies impliziert die Verständigung über geteilte Situationen deren Beschreibung nicht nur wissenschaftlich messbare Fakten enthält, sondern auch die Anliegen, Interessen, Normen, Werte und Vorstellungen des guten Lebens der Betroffenen. Die wechselseitigen Interessen und Erfahrungen wahrzunehmen, erfordert Kommunikation und Austausch bezüglich eines Gemeinwohls, das mit Solidarität verknüpft ist. Zugleich empfiehlt Dewey neben der Verständigung über (gemeinsame) Vorstellungen eines Wohls für alle auch die Zulassung von Vielfalt und Diversität, um unterschiedlichste Perspektiven zu inkludieren und so Veränderungsbereitschaft in Auseinandersetzung mit der Welt zu fördern. Unternehmen stellen für Dewey Assoziationen dar, in denen Menschen ein gemeinsames Ziel verfolgen, die aber auch Auswirkungen auf Stakeholder haben, die vom Staat vertreten werden müssen, wenn sie sich nicht selbst Gehör verschaffen können. Damit Unternehmen Orte sein können, in denen Demokratie als Lebensform erfahren werden kann, müssen sie Kommunikationskulturen entwickeln, die die Artikulation gemeinsamer Ziele wie auch diverser Interessen und Vorstellungen des guten Lebens ermöglichen. Problematisch ist dabei, dass in westlichen kapitalistischen Gesellschaften Steigerungswänge die gemeinsame Zieldefinition in Unternehmen bestimmen – mit problematischen

Folgen für die Stakeholder innerhalb wie außerhalb des Unternehmens. So entstehen Dilemmata, die Erfahrungen von Demokratie als Lebensform in Unternehmen behindern. Vor diesem Hintergrund werden Bedingungen für gelingende Handlungsweisen für verschiedene Akteur*innen in der Wirtschaft entwickelt, die Erfahrungen ermöglichen, die zu einer demokratischen Lebensform beitragen.

Auch der Beitrag von *Ingo Pies* ›Ist ›Haltung zeigen‹ immer gut? – Ordonomische Warnhinweise zur Gefährdung der Demokratie durch Diskursversagen‹ beschäftigt sich mit der Frage gelingender Kommunikation als zentraler Baustein für die Demokratie und verweist auf die Gefährdungen der Demokratie durch Diskursversagen. Dabei unterscheidet er Haltung auf der individuellen Ebene einerseits und auf der Ebene von Moralgemeinschaften andererseits. Auf der Ebene des Individuums (Me vs. Us) sieht er Haltung als funktional an. Auf der Ebene der Gemeinschaften (Us vs. Them) geht Pies im Unterschied zu Dewey, der eine Zunahme der Toleranz und Veränderungsbereitschaft durch die Auseinandersetzung mit anderen vermutet, von einer Polarisierung in In- und Out-Groups aus, wenn man als Gruppe Haltung zeigen möchte. Haltung zeigen wird somit nicht mit Veränderungsbereitschaft und geteilten Erfahrungen in Verbindung gebracht, sondern mit Intoleranz und Konflikt. Die Vermischung der beiden Ebenen führt zu einer Moralkonfusion, die zu einem Diskursversagen beitrage und somit die Demokratie gefährde. Unter Zuhilfenahme des ordonomischen Programms, das eine Theorie für die Praxis sein will, entwickelt er aus dieser Diagnose auch eine Therapie. Hierzu nimmt er einen Dreischritt vor: Zunächst stellt er anhand einer empirischen Bestandsaufnahme von Diskursversagen in westlichen Gesellschaften das Phänomen der affektiven Polarisierung (etwa aufgrund von Abstiegsängsten, Vertrauensverlusten oder medialer Zersplitterung) als zentrale Ursache heraus. Im zweiten Schritt erläutert er die Gründe für diese affektive Polarisierung, die auf einer durch strukturelle Gründe begünstigte Moralisierung zurückzuführen sei und in Form eines Gefangenendilemmas veranschaulicht wird. Im dritten Schritt werden Vorschläge diskutiert, wie man dem Diskursversagen begegnen könnte, um die epistemische Leistungsfähigkeit der demokratischen Öffentlichkeit zu verbessern. Dabei wird auf der individuellen Ebene die Dialogkultur und Toleranz (analog zu Dewey) gefordert, während auf der Ordnungsebene Anreizmechanismen (speziell im Bereich der Medien) installiert werden sollen, die die Logik der kollektiven Selbstüberschätzung einschränken, um auf diese Weise Diskursversagen zu verhindern.

Problematische Polarisierungstendenzen sind auch im Beitrag ›Libertär und autoritär. Zum Umgang mit desillusionierter Freiheit‹ von *Patrick Becker* das Thema. Allerdings geht es hier nicht darum, mit Hilfe von formalen Kategorien, diese einzuhegen, sondern darum, die Polarisierung als Ausprägungen unterschiedlicher Weltbilder, die Menschen kulturhistorisch in ihrer Identität prägen, zu verstehen. Der Beitrag betrachtet zunächst die Entstehung moderner Weltbilder seit dem konfessionellen Zeitalter in der europäischen Neuzeit, das zu einer Individualisierung und Pluralisierung der Weltbilder im Laufe der Zeit bis heute

geführt hat und damit zur Notwendigkeit einer liberalen Grundhaltung. Dass damit das Ende der Geschichte erreicht sein könnte, hat sich aber als Irrtum erwiesen. Durch Illiberalität und Diskursverweigerung (statt Diskursversagen) geprägte Weltbilder werden zunehmend bedeutsam. Die für Demokratien notwendige Fähigkeit zum Diskurs hängt laut Becker auch davon ab, inwiefern der Weltbildcharakter der Kontroversen erkannt und ernstgenommen wird. Weltbilder schaffen den Interpretationsrahmen für die Deutung von Fakten. In den modernen international vernetzten Gesellschaften zeigen sich aber auch die Paradoxien der Freiheit in zunehmender Autonomie verbunden mit immer mehr Abhängigkeiten, die sich durch technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum ergeben. Das Freiheitsversprechen gerate so in die Krise, was zu einem libertären Autoritarismus führe, der Demokratien in Frage stelle. Als eine Möglichkeit in einer Demokratie mit dieser Entwicklung umzugehen, wird von Becker eine Haltung des Zuhörens empfohlen, wenn der Zusammenhalt gestärkt werden soll. Dabei geht es nicht nur um Interessenausgleich, sondern auch um divergierende Weltbilder. Als Modus gelingender Beziehungen in Demokratien verweist Becker auf das von Hartmut Rosa entwickelte Konzept der Resonanz, in dem Zuhören und Antworten zentrale Elemente sind.

Die von Patrick Becker beschriebene ambivalente Entwicklung in der Moderne macht *Alexander Brink* in seinem Beitrag ›Warum Unternehmen demokratische Haltung zeigen müssen. Das ›Why‹ zur Bekämpfung von Desinformation und Hate Speech‹ an der gegenwärtigen Herausforderung der sogenannten Zwillingstransformation (digitale und nachhaltige Transformation) deutlich. In diesem Kontext geht er auf eine besondere Herausforderung für demokratische Diskurse ein, nämlich dem Umgang mit Desinformation und Hate Speech. Nach einer typologischen Beschreibung unterschiedlicher Kombinationen von digitaler und nachhaltiger Transformation, werden die Gefahren für die Digitalisierung durch Desinformation und Hate Speech beschrieben. Dabei argumentiert Brink, dass das Engagement gegen Desinformation und Hate Speech nicht nur ethisch geboten, sondern auch ökonomisch vernünftig sei. Eine besondere Verantwortung wird in diesem Zusammenhang den Digitalunternehmen zugeschrieben, auf deren Plattformen Desinformationskampagnen – insbesondere in Zeiten von Wahlkämpfen – eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Ein weiteres Problem ist Hate Speech mit rassistischen oder antisemitischen Inhalten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Die Frage der politischen Verantwortung von Unternehmen stellt sich hier mit besonderer Schärfe. Desinformation kann dazu führen, dass Menschen Wahrheit und Lüge nicht mehr unterscheiden und daher nicht mehr als mündige Bürger*innen Entscheidungen treffen können und somit demokratisches Handeln unmöglich wird. Hate Speech führt zu Polarisierungen in Gesellschaften. Beide Aspekte gefährden Demokratien nicht nur in Bezug auf die politische Willensbildung, sondern auch in vielerlei weiteren Hinsichten (z. B. bezüglich der ökonomischen Stabilität oder dem Erreichen der Sustainable Development Goals) und stellen somit Risiken für die Zwillingstransformation dar. Als eine Antwort

auf diese Risiken stellt Brink die Corporate Political Responsibility (CPR) vor, die im dritten Teil dieses Bandes ausführlicher entfaltet wird. CPR zielt dabei auf die Erhöhung von Transparenz und Legitimität, um Vertrauen zu stärken. Brink betont dabei aber neben der ethischen Verantwortung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch den *business case* von CPR in unterschiedlichen Dimensionen (Unterstützung von Marktmechanismen, Stabilisierung von Markenidentität und Schaffung von Positionierungschancen).

3. Konkretisierungen in der Wirtschaft: Corporate Political Responsibility

In diesem Teil des Bandes setzt an der oben beschriebenen Notwendigkeit eine Kultur der Demokratie auf der Mesoebene zu verankern an und fragt: Welche Verantwortung tragen Institutionen, Organisationen und Unternehmen für den Schutz und die Stärkung demokratischer Praktiken? Wie kann eine Haltung aussehen, die nicht nur symbolisch, sondern wirksam ist? Und welche Rolle spielt insbesondere Corporate Political Responsibility (CPR) in diesem Prozess? Damit wird in diesem Kapitel die Mesoebene von Korporationen adressiert – in den anstehenden Transformationsprozessen sicherlich eine der wichtigsten Ebenen.

Den Auftakt dieses Kapitels bildet der Beitrag von *Hans-Jürgen Urban* ›Demokratie als betriebspolitisches Projekt‹. Urban argumentiert, dass sich rechtspopulistische bis faschistoide Deutungsmuster längst nicht mehr nur an den politischen Rändern formieren, sondern tief in gesellschaftliche Mitte und auch in betriebliche Strukturen eingesickert sind. Er analysiert die ›Polykrise‹ unserer Zeit – ökologische Transformation, soziale Unsicherheit, geopolitische Destabilisierung – als Resonanzraum für antidemokratische Affekte. Urban dringt tief in die Mesoebene ein. Der Betrieb wird dabei nicht nur als Ort wirtschaftlicher Produktivität, sondern auch als Konfliktfeld demokratischer Kultur gefasst. Der Autor verdeutlicht pointiert, dass autoritäre Verhältnisse im Betrieb demokratischer Gegenwehr bedürfen, die weit über betriebliche Mitbestimmung hinausreicht. In vielen Unternehmen herrschten – so die Argumentation – noch ›vordemokratische Zustände‹, die es beispielsweise durch betriebliche und Unternehmensmitbestimmung sowie durch Beteiligungsmodelle am Arbeitsplatz zu überwinden gelte. Der Kapitalismus stelle somit ein demokratiepolitisches Risiko dar – und es sei eine historische Kernaufgabe der Gewerkschaften, diesem Risiko durch Mitbestimmung und Partizipation eine zivilisierende Antwort entgegenzusetzen.

Diese Tiefendimension an der Schnittstelle zwischen Korporation und Gesellschaft wird im Anschluss durch *Britta Schellenberg* aufgenommen und vertieft. In ihrem Beitrag ›Pflege und Medizin zwischen Diversität und Diskriminierung – Herausforderungen und Chancen für Unternehmen‹ analysiert sie strukturelle Diskriminierung im Gesundheits- und Pflegewesen. Die intersektionalen Diskriminierungserfahrungen rassistisch, sexistisch oder ableistisch markierter Personen verweisen auf ein fundamentales Gerechtigkeitsdefizit innerhalb gesellschafts-

licher Institutionen. Diskriminierung im Pflege- und Gesundheitswesen ist für Patient*innen besonders folgenreich, da diese in einem von Macht(losigkeit) geprägten Abhängigkeitsverhältnis zum Personal stehen. Auch sind Patient*innen bzw. Klient*innen aufgrund ihrer Krankheit oder Pflegebedürftigkeit besonders vulnerabel. Es geht um ihre körperliche und psychische Unversehrtheit. Und immer wieder geht es bei pflegerischer und medizinischer Versorgung um Leben und Tod. Aber auch die Diskriminierungen von Arbeitskräften im Pflege- und Gesundheitswesen untergraben die demokratische Kultur ebenso wie professionelles Arbeiten – nötig sei eine sozial und ökonomisch verträgliche Arbeitskräftepolitik, die faire Bedingungen für Beschäftigte, Versorgungssicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffe. Schellenberg fragt daher im Fortgang des Beitrags, wie Organisationen unter Bedingungen zunehmender Vielfalt eine inklusive, demokratisch verankerte Praxis etablieren können, ohne Diversity zur leeren Floskel werden zu lassen. Der Beitrag zeigt exemplarisch, dass demokratische Kultur stets konkret, alltagsnah und konflikthaft ist.

Die Beiträge von *Johannes Bohnen* und *Alexander Brink* liefern konzeptionelle und praktische Antworten auf diese Herausforderung: das Konzept der Corporate Political Responsibility (CPR). Bohnen entwirft unter dem Titel ›Corporate Political Responsibility (CPR) – Demokratieverstärker und Business Case‹ ein ambitioniertes Bild von Unternehmen als politisch verantwortliche Akteure. In einer Welt, in der staatliche Steuerungskraft abnimmt, seien es Unternehmen, die durch Haltung und Handeln zur Stabilität der Demokratie beitragen könnten – auch aus eigenem Interesse. CPR wird hier nicht nur als ethische Pflicht, sondern als strategischer Vorteil verortet. Unternehmen, so Bohnen, sind Teil des öffentlichen Raums und müssten diesen aktiv mitgestalten, wollen sie die Voraussetzungen ihres eigenen Erfolgs sichern. Corporate Political Responsibility als Konzept steht für mehr als symbolisches Engagement oder kurzfristige Kampagnen. Es fordert von Unternehmen, sich ihrer politischen Rolle bewusst zu werden und ihre Ressourcen in den Dienst demokratischer Strukturen zu stellen. CPR steht auch für die bewusste Verankerung demokratischer Grundsätze im Selbstverständnis von Unternehmen. Sie sei kein Ersatz für staatliches Handeln, aber eine notwendige Ergänzung in Zeiten brüchiger Governance. Die CPR-Debatte verbinde normative Prinzipien, strategische Interessen und kommunikative Verantwortung zu einem dynamischen Handlungsfeld, das sowohl Theorie als auch Praxis herausfordert.

Alexander Brink konkretisiert dieses Konzept im Kontext digitaler Öffentlichkeit: Sein Beitrag ›Corporate Political Responsibility im Zeitalter der Zwillingstransformation. Das ›What‹ und das ›How‹ zur Bekämpfung von Desinformation und Hate Speech‹ adressiert Desinformation und Hate Speech als Gefahren für demokratische Diskurse. Unternehmen, so Brink, sind in digitalen Räumen nicht nur passive Objekte öffentlicher Wahrnehmung, sondern aktive Mitgestalter der öffentlichen Sphäre. Es gehe um das ›What‹ und ›How‹ – also um konkrete Handlungsoptionen und deren Umsetzung. Dabei unterscheidet er drei Maßnahmenstränge: ›Erkunden und aufklären‹ (Wissensvermittlung), ›Das Unternehmen

besser aufstellen« (organisationale Prävention) und ›Aktiv einschreiten‹ (direkte Intervention), jeweils differenziert nach Zielsetzung, Reichweite und Ressourceneaufwand. Der Beitrag hebt hervor, dass Unternehmen nicht nur aus Eigeninteresse, sondern auch als gestaltende Akteure demokratischer Öffentlichkeit gefragt seien – insbesondere angesichts der hohen Dynamik digitaler Kommunikationsräume. Eine Sammlung an Best Practices und Case Studies (u. a. von BARMER, Deutsche Telekom, O2 Telefónica und OTTO) zeigt, wie unterschiedliche Strategien – von interner Schulung bis hin zu automatisierter Inhaltskontrolle – erfolgreich umgesetzt werden kann. Die zentrale Botschaft lautet: Engagement gegen Desinformation und Hate Speech ist nicht nur möglich, sondern notwendig – und erfordert strukturierte, glaubwürdige und ressourcensensible Maßnahmen, die auf Werteorientierung und gesellschaftliche Wirkung zielen.

Dass unternehmerisches Engagement im Rahmen von Corporate Political Responsibility nicht ohne juristische Fundierung und Begrenzung gedacht werden kann, zeigt eindrucksvoll der Beitrag von *Birgit Spießhofer* mit dem Titel ›Corporate Political Responsibility – Juristische Implikationen‹. Sie warnt nachdrücklich vor einem naiven Verständnis politischer Verantwortung, das unternehmerische Einflussnahme vorschnell legitimiert, ohne die komplexen rechtlichen und machtpolitischen Grenzen zu reflektieren. Unternehmen, so ihre zentrale These, bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen moralischem Anspruch, wirtschaftlichem Interesse und rechtlicher Bindung – und gerade hier besteht die Gefahr einer ›übergriffigen‹ Verschiebung der Gewaltenteilung, etwa wenn private Akteure*innen in genuin staatliche Regulierungsräume vordringen. Spießhofer plädiert deshalb für eine ausbalancierte Perspektive, die einerseits legitime unternehmerische Beiträge zu gesellschaftlichen Herausforderungen anerkennt, andererseits aber die demokratische Verfasstheit politischer Entscheidungsprozesse schützt. Besonders scharfsinnig analysiert sie dies am Beispiel internationaler Entwicklungen – etwa dem zunehmenden ESG-Backlash in den USA, wo Anti-ESG-Gesetze und kartellrechtliche Drohgebärden gegenüber Unternehmen zeigen, wie politisch umkämpft die Spielräume für Corporate Responsibility inzwischen sind. Ihr Beitrag liefert damit nicht nur eine unverzichtbare juristische Einhegung des CPR-Diskurses, sondern eröffnet zugleich einen kritischen Reflexionsraum über das Verhältnis von Recht, Macht und Verantwortung in einer zunehmend polarisierten globalen Ordnung.

Michelle Meggle und *Thomas Beschorn* analysieren in ihrem Beitrag ›Unternehmen und Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Diskursanalyse von öffentlichen Positionierungen für Demokratie‹, wie sich deutsche Familienunternehmen öffentlich gegen rechtsextreme Strömungen positionieren – oder dies eben vermeiden. Ihre kritische Diskursanalyse von 86 LinkedIn-Statements deckt dabei fünf wiederkehrende Kommunikationsdynamiken auf: Unternehmen agieren häufig mit normativ vagen Aussagen, vermeiden klare Begriffe wie ›AfD‹ oder ›Rechtsextremismus‹ und greifen stattdessen auf symbolisch aufgeladene Sprache zurück. Dies erlaubt eine Ambivalenz, die zwischen öffentlicher Stellungnahme

und strategischer Zurückhaltung oszilliert. Auch zeigt sich, dass viele Äußerungen weniger moralisch begründet, sondern stark wirtschaftlich motiviert sind: Positionierungen gegen Rechts werden vielfach durch den ›Business Case‹ – etwa Zugang zu Fachkräften oder ein gutes Investitionsklima – legitimiert. Durch diese strategische Doppeldeutigkeit gelingt es Unternehmen, sich zwar öffentlich sichtbar zu zeigen, ohne dabei echte Reibung zu riskieren – etwa durch Polarisierung, Kollektivsymbole oder die Konstruktion von ›Normalitäten‹. Die Studie liefert so einen wichtigen Realitätstest für die Idee der Corporate Political Responsibility: Sie zeigt, dass öffentliches Engagement gegen Rechtsextremismus häufig nicht Ausdruck wertebasierter Überzeugung ist, sondern vielmehr Ergebnis eines Risikomanagements im Spannungsfeld verschiedener Stakeholder-Erwartungen.

Knut Bergmann und *Matthias Diermeier* analysieren in ihrem Beitrag ›Das Engagement von Unternehmen gegen die AfD-Strategieoptionen, Empirie und Fallbeispiele‹, wie Unternehmen auf demokratiefeindliche Entwicklungen reagieren – empirisch fundiert und strategisch differenziert. Auf Basis einer Unternehmensbefragung und Fallstudien identifizieren sie unterschiedliche Reaktionsmuster: von lautstarker Ablehnung über zurückhaltende Distanz bis hin zu Schweigen oder gar stiller Loyalität. Dabei spielen Standort, Branche, Stakeholderdruck und politische Kultur eine zentrale Rolle. Besonders relevant ist ihr Befund, dass viele Unternehmen aus Angst vor Polarisierung oder aus Neutralitätsanspruch klare Positionierungen vermeiden – obwohl gerade demokratisches Engagement in einem polarisierten Umfeld zunehmend an Bedeutung gewinnt. Der Beitrag stellt zentrale Fragen der Corporate Political Advocacy: Darunter verstehen die Autoren wertgeleitete Aktivitäten, die dem ökonomischen Eigeninteresse schaden können. Wann ist politisches Engagement legitim? Wann ist es notwendig – und wann wird Schweigen zum Risiko? Diermeier und Bergmann zeigen: Haltung ist nicht nur moralisch geboten, sondern oft auch strategisch klug. Damit liefert ihr Beitrag einen wichtigen Praxisbezug – und eine empirische Ergänzung zu den normativen und juristischen Überlegungen des vorangehenden Abschnitts.

Die in diesem Kapitel versammelten Beiträge eint der Anspruch, demokratisches Engagement in Unternehmen aus unterschiedlichen Perspektiven heraus zu beleuchten und Impulse für die Praxis zu liefern. Haltung zu zeigen, so wird deutlich, heißt nicht nur zu reden, sondern zu handeln. Und: Haltung ist kein Zustand, sondern eine ständige Aufgabe, an der man arbeiten muss. Der Begriff der Corporate Political Responsibility steht exemplarisch für diese Aufgabe: Er verweist auf die Verantwortung ökonomischer Akteur*innen, die weit über Compliance und Imagepflege hinausreicht. Er markiert eine Schnittstelle zwischen ethischer Selbstbindung, institutionellem Mut und gesellschaftlicher Wirksamkeit. Unternehmen sind in dieser Auseinandersetzung nicht nur Teil des Problems oder neutrale Beobachter, sondern Teil der Lösung. Die Beiträge laden dazu ein, Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern als kollektives Projekt zu denken – eines, das Haltung erfordert: prinzipienfest, dialogfähig, streitbar und lernbereit zugleich.

4. Konkretisierungen der Verantwortung gesellschaftlicher Akteur*innen

Dieser Teil des Buches richtet den Blick auf ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher Akteur*innen: Kammern, Stiftungen, Hochschulen, Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und Initiativen junger Menschen sind unverzichtbare Säulen demokratischer Gesellschaften. Diese Akteur*innen gestalten nicht nur öffentliche Räume mit, sondern tragen eine gesellschaftliche Verantwortung, die über reine Mitwirkung hinausgeht: Sie sind aktiv gefordert, demokratische Kultur zu verteidigen und Bedingungen zu schaffen, unter denen politische Teilhabe tatsächlich möglich und wirksam wird. Die hier versammelten Beiträge fragen nach den konkreten Bedingungen, Spielräumen, Praktiken und Ambivalenzen gesellschaftlicher Verantwortung im Angesicht autoritärer Versuchungen, rechtspopulistischer Diskursverschiebungen und zunehmender Polarisierung. Was können, was müssen diese Institutionen, Gruppen und Personen leisten, die sich zwar nicht im formalen Zentrum politischer Macht befinden, aber trotzdem über eine erhebliche gesellschaftliche Wirkmächtigkeit verfügen?

Diese Wirkmächtigkeit manifestiert sich nicht nur in gezielten, strategisch intendierten Einflussnahmen, sondern ebenso in den nicht intendierten, oft unterschätzten Effekten institutionellen oder individuellen Handelns, sei es durch Verweigerung von Positionierungen, die Delegation von Verantwortung oder durch die implizite Stabilisierung bestehender Machtstrukturen durch Untätigkeit. Demokratische Ordnungen werden folglich nicht allein durch sichtbare Interventionen gestärkt oder gefährdet, sondern ebenso durch das komplexe Zusammenspiel von Handlungsspielräumen, Deutungsmustern und strukturellen Rahmenbedingungen, die Handeln ermöglichen, begrenzen oder entpolitisieren. Verantwortungszuschreibungen dürfen sich daher nicht auf die Intentionen der Handelnden beschränken, sondern müssen auch die tatsächliche gesellschaftliche Wirkung mehr oder weniger reflektierter Handlungen und Haltungen analytisch erfassen. In dieser Perspektive ist Verantwortung als ein dynamisches, vielstimmiges und mitunter fragiles Gefüge zu begreifen, das zwischen Selbstverständlichkeit und Überforderung, Anspruch und Wirksamkeit oszilliert. Die Beiträge dieses Teils zeigen exemplarisch, dass Verantwortung nicht abstrakt, sondern konkret, konflikthaft und praxisnah gelebt wird: Sie berichten von gelebter Solidarität unter prekären Bedingungen, analysieren institutionelle Zurückhaltung und entwerfen Möglichkeitsräume für engagiertes Handeln und das Zeigen von Haltung.

Thomas Beschorn, Andreas Herrmann und Markus Scholz eröffnen diesen Teil. Unter dem Titel ›Kammerspiele: Die Positionen der Kammern in Deutschland zum Thema Rechtsextremismus‹ analysieren die Autoren die Haltungen und das Engagement verschiedener Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern in Deutschland gegenüber rechtsextremistischen Entwicklungen. Trotz der allgemeinen Anerkennung, dass Rechtsextremismus eine Bedrohung für die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Wohlstand darstellt, sind die Kammern in ihren öffentlichen Stellungnahmen oft zurückhaltend. Dies liegt u. a. an rechtli-

chen Rahmenbedingungen, die ihnen politische Neutralität auferlegen. Wie eine im Frühjahr 2024 durchgeführte Studie zeigt, gibt es deutliche Unterschiede in der Art und Weise, wie die Kammern mit diesem Thema umgehen. Insbesondere in den neuen Bundesländern zeigt sich eine größere Zurückhaltung in der öffentlichen Positionierung, was u. a. auf den höheren gesellschaftlichen Zuspruch für rechtsextreme Parteien in diesen Regionen zurückzuführen ist. Die Studie empfiehlt einen stärkeren Austausch unter den Kammern und eine rechtliche Klärung der Grenzen ihrer politischen Neutralität, um ihre Rolle in der Förderung einer demokratischen Grundordnung zu stärken.

Evelyn Moser richtet unter dem Titel ›Ambivalente Verkopplung – Denkimpulse zum Verhältnis von Stiftungen und Demokratie‹ ihren analytischen Fokus auf die komplexe Rolle gemeinnütziger Stiftungen im demokratischen Gefüge. Ausgehend von dem aktuellen Fallbeispiel des Hamburger Opernhauses macht die Autorin deutlich, inwiefern Stiftungen aufgrund ihrer Autonomie und ihrer Fähigkeit, finanzielle Mittel in gesellschaftliche Einflussnahme umzuwandeln, in einem Spannungsverhältnis zu den demokratischen Prinzipien der Gleichheit und Partizipation stehen. Dabei werden fünf Prinzipien aus Pierre Rosanvallons Konzept der Betätigungsdemokratie adaptiert: Lesbarkeit steht dabei für Transparenz und öffentliche Zugänglichkeit. Verantwortung zielt auf eine empowernde Haltung der Gebenden gegenüber den Empfangenden. Reaktivität soll Nähe schaffen und somit verhindern, dass Stiftungen nur auf Distanz durch ihre Expertise agieren. Integrität betont die Wichtigkeit von Glaubwürdigkeit im Einsatz für das Gemeinwohl in Abgrenzung von Partikularinteressen. Wahrsprechen fordert eine ehrliche Kommunikation über Ziele und Grenzen des Handelns. Diese Prinzipien sollen Stiftungen helfen, ihre Ambivalenzen im Kontext demokratischer Gesellschaften zu analysieren, Fragen konkreter Verantwortungsübernahme konstruktiv zu reflektieren und somit eine selbstbegrenzte Stiftungspraxis zu ermöglichen. Damit wird zugleich ein wichtiger Beitrag zur Debatte um gesellschaftliche Legitimität jenseits unmittelbarer demokratischer Kontrolle geleistet.

Unter dem Titel ›Demokratie stärken – für ein weltoffenes Thüringen‹ beschreibt *Ulrike Kuch* am Beispiel der Bauhaus-Universität Weimar, inwiefern Hochschulen durch eine Verbindung von Bildung und Forschung mit gesellschaftspolitischem Engagement Transformationsprozesse aktiv mitgestalten und eine weltoffene Gesellschaft fördern können. Im Jahr 2023 wurde die Initiative ›Weltoffenes Thüringen‹ gegründet mit dem Ziel, die demokratischen Kräfte in Thüringen zu stärken und die Gesellschaft für Werte wie Menschenwürde, Pluralität und Weltoffenheit zu sensibilisieren. In diesem Rahmen wurde auch die ›Gruppe Wissenschaft‹ etabliert, und verschiedene Projekte, Aktivitäten und Netzwerke aufgebaut, um insbesondere durch Informationsaustausch und Engagement im ländlichen Raum Demokratie zu fördern. Die Bauhaus-Universität Weimar sieht die Stärkung der Demokratie als zentralen Bestandteil ihres Profils und plant, ihre Aktivitäten in diesem Bereich fortzusetzen und auszubauen. Übergreifendes Ziel ist, durch eine breitere Einbindung von Wissenschaftsinstitutionen

dauerhafte Plattformen zu etablieren und neue Bildungs- und Kommunikationsinitiativen ins Leben zu rufen, um die Relevanz demokratischer Werte und die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft zu betonen und Demokratiebildung in Hochschulkontexten als Teil institutioneller Verantwortung zu verankern.

Der Beitrag mit dem Titel ›Das Common Grounds Forum (CGF): Eine Case Study zur Partizipation junger Menschen in der Digitalpolitik‹, verfasst von *Lysander Buntfuß, Lea Hildermeier, Daniel Mendes Jenner, Felix Preu, Pauline Reinecke und Tarek Skouti* zeigt exemplarisch, wie junge Menschen unter geeigneten Bedingungen politische Teilhabe erproben und wo diese Grenzen findet. Das CGF, unterstützt von verschiedenen Ministerien und Stiftungen, zielt darauf ab, jungen Menschen im Alter von 14 bis 35 Jahren eine Plattform zu bieten, auf der sie ihre bildungspolitischen Forderungen entwickeln und präsentieren können. In einem mehrstufigen Verfahren mit analogen und digitalen Formaten wurden dabei Themen identifiziert und im Rahmen von Workshops diskutiert. Zu zentralen Themen wie soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie Zukunftskompetenzen wurden im Ergebnis Forderungen formuliert und auf politischen Plattformen, wie dem Digital-Gipfel der Bundesregierung, vorgestellt. Die Fallstudie zeigt, dass Partizipation nur dann erfolgreich ist, wenn sie Transparenz, Anerkennung und institutionelle Anbindung gewährleistet. Somit zielt das CGF langfristig darauf ab, junge Menschen nachhaltig in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und die Strukturen für ihre Beteiligung zu stärken. Die Herausforderung bleibt, die Partizipation nicht nur symbolisch, sondern als echte Mitgestaltung zu etablieren, die die demokratische Legitimation stärkt und gesellschaftliche Veränderungen bewirkt.

Thomas Klie untersucht in seinem Artikel ›Engagement vor Ort: Ein Beitrag zur Sicherung der Demokratie? Die Bedeutung regionaler Strukturbedingungen für die Integrationskraft der Demokratie‹, wie regionale Strukturen die Integrationskraft der Demokratie beeinflussen. Bereits der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung (2017), der Freiwilligensurvey 2019 und das Monitoring ›Demokratische Integration‹ (2019) zeigten, dass Engagement in Deutschland stabil ist, jedoch regional variiert. In Erweiterung dieser Ergebnisse verdeutlichen die Analysen aus dem Monitoring ›Demokratische Integration 2.0‹ (2024), dass Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen miteinander verbunden sind und dass regionale Strukturmerkmale wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und demografischer Druck Einfluss auf die demokratische Integration haben. Dabei wird deutlich, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen in Ostdeutschland geringer ist als in Westdeutschland und dass rechtspopulistische Tendenzen eine Bedrohung für die Demokratie darstellen. Im Ergebnis wird dargelegt, dass lokale Erfahrungen und die Sicherstellung von Infrastruktur entscheidend für das Systemvertrauen sind. Insofern können Engagement vor Ort und konkrete Alltags erfahrungen der Gestaltbarkeit als zentral für die Resilienz der Demokratie angesehen werden, da sie entscheiden dazu beitragen, dass Menschen sich für ihr Gemeinwesen verantwortlich fühlen.

Rüdiger Schuch vertieft diese Perspektive aus Sicht der Diakonie. In seinem Beitrag ›Haltung leben. Diakonisches Engagement für eine offene und demokratische Gesellschaft‹ beschreibt er die Gefährdung der liberalen Demokratie in Deutschland, insbesondere im Kontext der steigenden Unterstützung rechtsextremer Parteien wie der AfD und analysiert die Ursachen für diese Entwicklung, darunter gesellschaftliche Unsicherheiten, Verlusterfahrungen und emotionale Trig-gerpunkte. Er diskutiert die Rolle der Diakonie als einer der größten sozialen Dienstleister und (konfessioneller) Wohlfahrtsverband und somit bedeutender Akteur im gesellschaftlichen Gefüge, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung marginalisierter Gruppen und der Stärkung der Demokratie. In diesem Zusammenhang wird betont, dass die Diakonie aufgrund ihrer christlichen Werte und ihres sozialen Auftrags politisch Stellung beziehen muss, um den Rechtsstaat und die Demokratie zu schützen. Schuch verdeutlicht die Notwendigkeit eines starken Sozialstaats, um soziale Sicherheit zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie zu stärken. Dabei verbindet er theologische Hoffnung mit politischem Verantwortungsbewusstsein. Er plädiert für einen starken Sozialstaat und eine Haltung, die sich nicht im Symbolischen erschöpft, sondern die sich auch unter widrigen gesellschaftlichen Bedingungen im konkreten Handeln ausdrückt und gegen Spaltungen vorgeht und sich für eine bessere Zukunft engagiert.

Philipp Krohn weitet in seinem Beitrag ›Wie der Rechtspopulismus eine evidenzbasierte Klimapolitik gefährdet‹ den Blick auf gesamtgesellschaftliche Diskursräume. Er analysiert im deutschen und internationalen Kontext, wie rechts-populistische Narrative die Grundlagen evidenzbasierter Klimapolitik unterwandern, und zeigt, wie wissenschaftliche Rationalität zur Projektionsfläche politischer Polarisierung wird. Dies betrifft auch die Strategie, mit der Rechtspopulisten durch das Framing von Themen wie Migration und Klimawandel ihre Agenda verbreiten. Diese Taktik hat bereits jetzt die Art und Weise verändert, wie über Klimapolitik und Nachhaltigkeit gesprochen wird, und hat zur Etablierung von Gesetzen geführt, die eine nachhaltige Wirtschaftsordnung erschweren. Der Beitrag lenkt den Blick auf die Notwendigkeit, demokratische Öffentlichkeit nicht lediglich als zu bewahrendes Gut, sondern als kontinuierlich zu gestaltenden Möglichkeitsraum zu begreifen. Dabei betont der Autor, dass eine erfolgreiche Klimapolitik die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcennutzung anstreben muss, um den planetaren Grenzen gerecht zu werden.

Hannah Eitel schließt diesen Teil durch ihren Beitrag ›zusammentun. Die Zivilgesellschaft gibt alles, doch solidarisches Handeln braucht Sicherheit und Ressourcen‹ mit einer eindrucksvollen Beschreibung solidarischer Zusammenschlüsse, die inmitten rechter Gewalt Räume der Hoffnung und des Handelns schaffen. Sie hebt hervor, dass Solidarität nicht nur individuelle Hilfe bedeutet, sondern auf kollektiven Beziehungen und gemeinschaftlichem Handeln basiert. Verschiedene Initiativen, wie die Initiative ›19. Februar Hanau‹, werden als Beispiele genannt, die trotz finanzieller Unsicherheiten und Bedrohungen durch rechte Angriffe aktiv

bleiben. Sie werden u. a. in der Ausstellung ›zusammentun – solidarisch gegen rechts‹ der Heinrich-Böll-Stiftung sichtbar gemacht und gestärkt. Der Beitrag betont, dass Solidarität Räume – sowohl im physischen als auch im metaphorischen Sinne – und Ressourcen benötigt, um effektiv zu sein. Hierfür sind politische Unterstützung und eine stabile Finanzierung essenziell. Solidarische Gruppen versuchen, Ungleichheiten zu überwinden und eine inklusive demokratische Kultur zu fördern. So lebt ›Zivilgesellschaft von unten‹ demokratische Praxis nicht trotz, sondern wegen ihrer Verletzbarkeit und sieht sich getragen von kollektiver Erfahrung, politischer Zuwendung und dem Wunsch nach gerechter Teilhabe.

Als verbindendes Leitmotiv der Beiträge des betreffenden Bandteils lässt sich Folgendes formulieren: Gesellschaftliche Verantwortung ist kein optionales Beiwerk demokratischer Kultur, sondern deren notwendige Bedingung und fortwährende Aufgabe. Demokratie lebt von der aktiven und bewussten Übernahme dieser Verantwortung durch all jene, die als gesellschaftliche Akteur*innen wirksam sind. Die Beiträge verdeutlichen gemeinsam, dass demokratische Verantwortung nicht allein im Zuständigkeitsbereich institutioneller Politik liegt. Vielmehr ist sie eingelassen in soziale Praktiken, gerahmt durch institutionelle Strukturen, getragen von diskursiven Auseinandersetzungen und angewiesen auf eine fortwährende Verständigung über individuelle und kollektive Haltungen.

5. Fazit

›Haltung zeigen‹ übersteigt die Ebene rein deklarativer Positionierungen durch Akteur*innen, deren Rolle nicht selten auch aus Binnenperspektive, als neutral und beobachtend verstanden wird und sie damit genuin unzuständig für den politischen Diskurs erscheinen.

›Haltung zeigen‹ erfordert, dass Akteur*innen sich der Wirkung ihres Handelns und Nicht-Handelns bewusst sind und daher ihre gesellschaftliche Gestaltungsverantwortung wahr- und annehmen, obwohl oder gerade, weil Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Ungewissheit als fundamentale Charakteristika gesellschaftlicher Wirklichkeit derlei Ambitionen entgegenzustehen scheint.

›Haltung zeigen‹ bedeutet demnach, bewusst, selbstbestimmt und reflektiert Verantwortung für und in der Gesellschaft zu übernehmen. Die Entscheidung, diese Verantwortung wahrzunehmen, setzt einerseits den normativen Rückbezug auf jene Werte voraus, die Demokratie in ihrer Existenz sichern. Andererseits erfordert sie die Bereitschaft, gesellschaftlichen Wirklichkeiten proaktiv und gestaltungsorientiert zu begegnen, um so Demokratie weit über bloße Reaktionen auf äußeren Druck hinaus zu kultivieren. Demokratische Verantwortung ist keine Zuschreibung, sondern auch im besten Wortsinn eine Zumutung. Sie verlangt, dass gesellschaftliche Akteur*innen sich nicht nur als Teil eines Systems verstehen, sondern als Mitgestaltende eines Gemeinwesens, das auf ihr Zutun angewiesen ist.

›Haltung zeigen‹ heißt deshalb auch, die eigene Position im Gewebe gesellschaftlicher Wirkungen ernst zu nehmen und Verantwortung nicht als Bürde, sondern als Möglichkeit zu begreifen, demokratische Zukunft aktiv mitzugestalten.

Literaturverzeichnis

- Amlinger, C./Nachtwey, O. (2023): Gekränktes Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin: Suhrkamp.*
- Baccaro, L. (2017): Trajectories of Neoliberal Transformation: European Industrial Relation Since the 1970s, Cambridge: University Press.*
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Beck, U. (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Beck, U./Bonß, W. (Hrsg.) (2001): Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Beck, U./Giddens, A./Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Becker, I. (2025): Inviting Democracy to Come. Economic Philosophy of the Gift, in: Albert, A. C./Brink, A./Hollstein, B./Hübscher, M. C. (Hrsg.): Haltung zeigen – Demokratie stärken. Wirtschafts- und unternehmensexistische Perspektiven, Sonderband der Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexistik, Baden Baden: Nomos, 61–72.*
- Beckert, J. (2024a): Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin: Suhrkamp.*
- Beckert, J. (2024b): Kampf ums Klima. Zwischen Utopie und Resignation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 69/H. 5, 43–52.*
- Beckert, J./Ebbinghaus, B./Hassel, A./Manow, P. (Hrsg.) (2006): Transformationen des Kapitalismus, Frankfurt/Main, New York: Campus.*
- Bendixen, P. (2012): Civilisationswende. Technischer Fortschritt und Wohlstand unter Stress, Wiesbaden: VS Verlag.*
- Beschorner, T./Hübscher, M. C./Kettner, M. (2021): Kulturalistische (Wirtschafts)Ethik. Grundlagen eines Forschungsprogramms, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexistik, Jg. 22/H. 3, 377–410.*
- Biesecker, A./Hofmeister, S./von Winterfeld, U. (2013): Draußen? Zur Dialektik von Enteignung und Aneignung und zu deren aktuellen Erscheinungsformen, in: Das Argument, Jg. 55/H. 4, 522–538.*
- Böckenförde, E. W. (1991): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Böckenförde, E. W. (Hrsg.): Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 92–114.*
- Blühdorn, I. (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin: Suhrkamp.*
- Blühdorn, I. (2019): Die Dialektik der Emanzipation. Kritische Soziologie in der Endlosschleife, in: Ketterer, H./Becker, K. (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp, 152–159.*
- Blühdorn, I. (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld: transcript.*
- Blühdorn, I. (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin: Suhrkamp.*
- Bogner, A. (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Stuttgart: reclam.*

- Bröckling, U. (2019): Dialektik der Modernisierung: Rezension zu »Das Ende der Illusionen« von Andreas Reckwitz, Rezension, in: Soziopolis: Gesellschaft beobachten. Link: <https://nb-n-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81726-2> (zuletzt abgerufen am 19.07.2025).
- Bundesregierung (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 27. Februar 2022. Link: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (zuletzt abgerufen am 19.07.2025).
- Callhoun, C./Gaonkar, D. P./Taylor, C. (2024): Zerfallserscheinungen der Demokratie, Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2021): Postdemokratie revisited, Berlin: Suhrkamp.
- Deutschmann, E. (2025): Die Exponentialgesellschaft. Vom Ende des Wachstums zur Stabilisierung der Welt, Berlin: Suhrkamp.
- Daly, H. E. (1991): Steady-State Economics. Second Edition with New Essays, Washington D.C.: Island Press.
- Deneen, P. J. (2019): Warum der Liberalismus gescheitert ist, Salzburg, Wien: müry salzmann.
- Dörre, K. (2019): Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg!, in: Ketterer, H./Becker, K. (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp, 21–51.
- Dux, G. (2013): Demokratie als Lebensform. Die Welt nach der Krise des Kapitalismus, Weilerswist: Velbrück.
- Etel, H. (2025): »zusammentun«. Die Zivilgesellschaft gibt alles, doch solidarisches Handeln braucht Sicherheit und Ressourcen, in: Albert, A. C./Brink, A./Hollstein, B./Hübscher, M. C. (Hrsg.): Haltung zeigen – Demokratie stärken. Wirtschafts- und unternehmensexistische Perspektiven, Sonderband der Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexistik, Baden Baden: Nomos, 397–412.
- Erhard, L. (1964): Wohlstand für alle, Düsseldorf: Econ.
- Fukuyama, F. (1989): The End of History?, in: The National Interest, No. 16, 3–18.
- Habermas, J. (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1996): Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hall, P. A./Soskice, D. (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: University Press.
- Hickel, J. (2022): Weniger ist mehr: Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind, Bielefeld: oekom.
- Hodgson, G. M. (2015): Conceptualizing Capitalism: Institutions, Evolution, Future, Chicago: University Press.
- Hodgson, G. M. (2021): Liberal Solidarity. The Political Economy of Social Democratic Liberalism, Cheltenham: Elgar.
- Hollstein, B. (2025): Was bedeutet Demokratie als Lebensform für Unternehmen? Pragmatische Überlegungen, in: Albert, A. C./Brink, A./Hollstein, B./Hübscher, M. C. (Hrsg.): Haltung zeigen – Demokratie stärken. Wirtschafts- und unternehmensexistische Perspektiven, Sonderband der Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexistik, Baden Baden: Nomos, 73–88.
- Honneth, A. (2011): Soziale Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, A. (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin: Suhrkamp.
- Horkheimer, M./Adorno, T. W. (1969): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/Main: Fischer.

- Hübscher, M. C. (2025a): Was kann ein ethischer Kapitalismus sein? Ökonomie im Resonanzraum II, unveröffentlichtes Manuskript.*
- Hübscher, M. C. (2025b): What if: Stakeholder-Kapitalismus, Finanzmärkte und Wachstum. Ökonomie im Resonanzraum III, in: Vogel, T. (Hrsg.): Wirtschaftswachstum zwischen Fortschritt, Abhängigkeit und Zwang, Marburg: Metropolis, 467–497.*
- Iversen, T./Soskice, C. (2019): Democracy and Prosperity. Reinventing Capitalism Through a Turbulent Century, Princeton: Princeton University Press.*
- Jäger, A. (2023): Hyperpolitik: Extreme Politisierung ohne politische Folgen, Berlin: Suhrkamp.*
- Jaeggi, R. (2018): Ökonomie als soziale Praxis, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexthik, Jg. 19/H. 3, 343–361.*
- Jaeggi, R. (2023): Fortschritt und Regression, Berlin: Suhrkamp.*
- Kant, I. (1977 [1784]): Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, Weischedel-Werkausgabe Bd. XI, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Kocka, J./Merkel, W. (2015): Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch, in: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden: Springer VS, 307–337.*
- Lash, S./Urry, J. (1987): The End of Organized Capitalism, Oxford: Polity Press.*
- Latour, B. (2008): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.*
- Lepenies, P. (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts, Berlin: Suhrkamp.*
- Lepenies, P. (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens, Berlin: Suhrkamp.*
- Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin: Hanser.*
- Lessenich, S. (2019a): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart: reclam.*
- Lessenich, S. (2019b): Die Dialektik der Demokratie. Grenz ziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus, in: Ketterer, H./Becker, K. (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp, 121–138.*
- Lessenich, S. (2022): Nicht mehr normal: Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs, Berlin: Hanser.*
- Lessenich, S./Ostner, I. (Hrsg.) (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt, New York: Campus.*
- Levitsky, S./Ziblatt, D. (2024): Die Banalität des Autoritarismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 69/H. 7, 65–74.*
- MacIntyre, A. (1977): Epistemological Crisis, Dramatic Narrative and the Philosophy of Science, in: The Monist, October 1977, Historicism and Epistemology, Vol. 60/No. 4, 453–472.*
- Manow, P. (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin: Suhrkamp.*
- Manow, P. (2024): Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Feinde, Berlin: Suhrkamp.*
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.*
- Meadows, D./Meadows, D. H./Zahn, E./Milling, P. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, München: Deutsche Verlags-Anstalt.*
- Merkel, W. (2023): Im Zwielicht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert, Frankfurt, New York: Campus.*

- Mounk, Y. (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München: Droemer.
- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.
- Müller, J.-W. (2018): Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin: Suhrkamp.
- Müller, J.-W. (2019): Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Offe, C. (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, Frankfurt/Main: Campus.
- Paine, L. S. (2023): What Does »Stakeholder Capitalism« Mean to You?, in: Harvard Business Review, Vol. 101/No. 5, 108–119. Link: <https://hbr.org/2023/09/what-does-stakeholder-capitalism-mean-to-you?ab=HP-topics-text-25> (zuletzt abgerufen am 19.10.2024).
- Pollack, D. (2025): Große Versprechen. Die westlichen Moderne in Zeiten der globalen Krise, München: Beck.
- Przeworski, A. (2020): Krisen der Demokratie, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2024a): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2024b): Die reparierte Moderne. Wie die Verlusterfahrung das Fortschrittsparadigma überwindet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 2024/H. 12, 45–56.
- Reckwitz, A./Rosa, H. (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?, Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H. (2019): Demokratie und Gemeinwohl: Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung, in: Ketterer, H./Becker, K. (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp, 160–188.
- Rostalski, F. (2024): Die vulnerable Gesellschaft. Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit, München: Beck.
- Richardson, K./Steffen, W./Lucht, W./Bendtsen, J. (2023): Earth Beyond Six of Nine Planetary Boundaries, in: Science Advances, Vol. 9/No. 37, 1–16.
- Scharpf, F. W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Wiesbaden: VS.
- Schäfer, A./Zürn, M. (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Schmelzer, M./Vetter, A./Vansintjan, A. (2022): The Future Is Degrowth: A Guide to a World Beyond Capitalism, London: Verso Books.
- Schumpeter, J. A. (2020 [1945]): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 10. vervollständigte Auflage, Tübingen: Narr Francke Attempto.
- Selk, V. (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp.
- Schmidt, M. G. (2025): Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden: Springer VS.
- Staab, P. (2022): Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Suhrkamp: Berlin.
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Strobl, N. (2021): Radikalisierter Konservatismus: Eine Analyse, Berlin: Suhrkamp.
- Strohschneider, P. (2024): Wahrheiten und Mehrheiten. Zur Kritik des autoritären Szientismus, München: Beck.
- Tooze, A. (2022): Kawumm!, in: Die Zeit vom 14.07.2022.

- Vogel, T. (Hrsg.) (2025): Wirtschaftswachstum zwischen Fortschritt, Abhängigkeit und Zwang, Marburg: Metropolis.
- Wagner, P. (2008): Modernity as Experience and Interpretation. A New Sociology of Modernity, Cambridge: Polity.
- Wagner, P. (2012): Modernity. Understanding the Present, Cambridge: Polity.
- Wagner, P. (2018): Fortschritt. Zur Erneuerung einer Idee, Frankfurt, New York: Campus.
- Wolf, M. S. (2025): Allianz-Vorstand schlägt Alarm: Eine Welt in Flammen ist nicht versicherbar. Link: <https://www.fr.de/wirtschaft/allianz-vorstand-warnt-vor-klimawandel-welt-in-flammen-nicht-versicherbar-zr-93681455.html> (zuletzt abgerufen am 26.07.2025).